

## Determinanten der Sicherheitspolitik Armeniens

Malek, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Malek, M. (2000). *Determinanten der Sicherheitspolitik Armeniens*. (Berichte / BIOst, 11-2000). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41512>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Sicherheitspolitische Prinzipien.....	5
2. Kompetenzen und rechtliche Rahmenbedingungen.....	5
3. Die Armee als innenpolitischer Faktor .....	6
4. Die Streitkräfte.....	10
4.1 Struktur, Ausrüstung und Finanzierung.....	10
4.2 Die Frage der russischen Waffenlieferungen.....	11
5. Rüstungsproduktion .....	14
6. Der Faktor Rußland.....	14
6.1 Rußland und der Anschlag auf das Parlament .....	15
6.2 Das Militärbündnis Armenien – Rußland .....	16
6.3 Russische Militärpräsenz .....	18
6.3.1 Grenzschutz.....	18
6.3.2 Truppenstärke.....	19
6.4 Der Faktor Tschetschenien.....	20
6.5 Armenien und die "Union" Rußland – Belarus.....	21
7. Der Vertrag über kollektive Sicherheit .....	22
8. Berg-Karabach .....	23
8.1 Abriß der Konfliktentwicklung.....	23
8.2 Die Karabach-Armee .....	24
8.3 Das Militär und "Machtkämpfe".....	27
8.4 Verhandlungspositionen.....	28
8.5 Die Rolle Rußlands .....	30
9. Die Rolle der Türkei .....	33
10. Die Rolle des Iran .....	34
11. Ein Militärbündnis Armenien – Iran – Griechenland? .....	34
12. Armenien und die NATO.....	35
13. Sonstige Militärkooperationen.....	37
14. Die EU als sicherheitspolitischer Faktor im Kaukasus? .....	37
15. Zusammenfassung und Perspektiven .....	38
Summary .....	41

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für internationale Friedenssicherung der Landesverteidigungsakademie, Wien.

Redaktion: Uwe Halbach

**Martin Malek**

## **Determinanten der Sicherheitspolitik Armeniens**

Bericht des BIOst Nr. 11/2000

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Der vorliegende Bericht analysiert die wichtigsten inneren und äußeren Einflußfaktoren der Sicherheitspolitik Armeniens, das seit dem Ende der militärischen Auseinandersetzungen mit Aserbaidschan um Berg-Karabach (Mai 1994) in den westlichen Medien nur noch wenig Aufmerksamkeit findet, obwohl der nunmehr seit zwölf Jahren akute Konflikt von einer definitiven Lösung weit entfernt ist. Die gesamte Entwicklung Armeniens seit 1988 wird vom Karabach-Konflikt überschattet. Aserbaidschan hat mit einer Wirtschaftsblockade nicht nur gegen das militärisch erfolgreich operierende Karabach, sondern auch gegen das Mutterland Armenien versucht, dieses zur Einstellung seiner Unterstützung für die armenische Enklave auf dem Territorium Aserbaidschans zu zwingen. Trotz verheerender Auswirkungen – zeitweiliger Kollaps der Wirtschaft (Deindustrialisierung), Energie- und Versorgungskrise, demographische Verschiebungen – ist Armenien unbeugsam geblieben.

#### *Ergebnisse*

1. Die Streitkräfte haben aufgrund der isolierten geographischen Lage Armeniens und der anhaltenden Spannungen im Südkaukasus eine herausragende Bedeutung in der Politik und Gesellschaft des Landes erlangt. Das zeigt sich auch und gerade in der gegenwärtigen schweren politischen Krise, die durch den Anschlag auf das Parlament am 27. Oktober 1999 ausgelöst wurde. Die armenischen Streitkräfte (ca. 60.000 Mann) sind den Armeen der beiden südkaukasischen Nachbarn Aserbaidschan und Georgien überlegen – nicht zuletzt dank der 1997 bekanntgewordenen russischen Waffenlieferungen (1993-1996) im Umfang von 1 Mrd. Dollar.
2. Moskau verfügt nach wie vor über erheblichen Einfluß im Südkaukasus. Armenien gilt in dieser Region allerdings als der letzte zuverlässige Verbündete Rußlands. Die Armenier haben Rußland immer als Verbündeten gegen die Türken betrachtet, und Moskau nutzt die sich daraus ergebenden Möglichkeiten, im Kaukasus Einfluß auszuüben bzw. Macht zu projizieren, aus. Das enge Verhältnis zwischen Armenien und Rußland ist nicht zuletzt aufgrund seiner tiefen historischen Verankerung von den jeweiligen innenpolitischen Entwicklungen praktisch unabhängig. Moskau und Jerewan sind (vom multilateralen Forum der GUS abgesehen) durch zahlreiche bilaterale militärische und militärpolitisch relevante Abkommen miteinander verbunden. Eine zentrale Rolle kommt dem Vertrag über Freund-

schaft, Kooperation und gegenseitigen Beistand vom 29. August 1997 zu, der (auch) enge militärische Zusammenarbeit sowie gegenseitige Hilfe im Kriegsfall vorsieht. Die russische Militärpräsenz in Armenien besteht aus der 102. Militärbasis (Gjumri/Jerewan) und einem Kontingent der Grenztruppen an den Grenzen zur Türkei und zum Iran. Armenien hat die Moskauer Militärinterventionen in Tschetschenien (1994-1996 und seit September 1999) unterstützt und sich für die territoriale Integrität Rußlands eingesetzt. Trotz der politischen Nähe zu Moskau strebt Armenien offiziell vorerst keinen Beitritt zu dem von Rußland und Belarus geplanten "Unionsstaat" an.

3. Armenien ist Gründungsmitglied des im Mai 1992 unterzeichneten Vertrags über kollektive Sicherheit (Taschkenter Vertrag), den es auch – im Unterschied zu Georgien und Aserbaidschan – im Frühjahr 1999 verlängert hat. Jerewan unterstützt auch sonst aktiv sämtliche Initiativen Moskaus, die GUS-Staaten sicherheitspolitisch enger an sich zu binden. Daher schloß sich Armenien im April 1999 dem gemeinsamen Diensthabenden System der GUS-Luftverteidigung an.
4. Berg-Karabach steht auch nach dem Krieg 1991-1994 im Zentrum der Sicherheitsüberlegungen seines "Mutterlandes". Die Streitkräfte Karabachs (20.000 bis 25.000 Mann) können als die effektivste Militärmacht der GUS gelten. Die Armeen Armeniens und Karabachs sind naturgemäß eng verbunden und halten auch gemeinsame Manöver ab, so daß anzunehmen ist, daß Armenien bei einem neuerlichen Waffengang um Karabach nicht passiv bleiben würde. Spitzenvertreter aus Karabach und Armenien betonen immer wieder, daß aus ihrer Sicht nur zwei Varianten für die Zukunft der Enklave existieren: Unabhängigkeit oder Anschluß an Armenien. Damit ist eine Rückkehr in den aserbajdschanischen Staatsverband ausgeschlossen. Die Sympathien Moskaus im Konflikt um Karabach liegen auf der armenischen Seite. Baku führt deren Unnachgiebigkeit in den Verhandlungen über eine Friedenslösung auch und gerade auf die Gewißheit zurück, sich auf die anhaltende Unterstützung durch Rußland verlassen zu können.
5. Die Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei sind aus historischen Gründen (Völkermord an den Armeniern 1915/16) und aktuellen Umständen (Unterstützung Ankaras für Aserbaidschan) nach wie vor gespannt. Es bestehen keine diplomatischen Beziehungen. Der Iran unterhält zum christlichen Armenien weit bessere und engere Kontakte als zum islamischen Aserbaidschan. Oft ist sogar von einer "Achse" Moskau – Jerewan (und Karabach) – Teheran die Rede, die auf einer weitgehenden Kongruenz der Interessen im Kaukasus und im Kaspischen Raum beruht.
6. Armenien steht in der Frage der NATO-Osterweiterung der (ablehnenden) Position Rußlands nahe. Es ist zwar in diverse NATO-Programme – so der "Partnership for Peace" (PfP) – eingebunden, sucht aber (im Gegensatz zu Aserbaidschan und Georgien) keine weitere politische Annäherung an die Allianz. Das Vorgehen der NATO gegen Jugoslawien (Operation "Allied Force") 1999 stieß in Armenien überwiegend auf scharfe Kritik.

## 1. Sicherheitspolitische Prinzipien

Außenminister Vartan Oskanjan nannte drei die armenische Sicherheitspolitik bestimmende Hauptelemente: 1. Garantie der Souveränität und territorialen Integrität Armeniens und des Lebens seiner Bürger; 2. die Sicherheit von Berg-Karabach (armenisch Arzach), der armenischen Enklave in Aserbaidschan; 3. aktive Teilnahme Armeniens am europäischen Sicherheitsprozeß und an der Herausbildung einer neuen europäischen Sicherheitsordnung. Zur Erreichung dieser Ziele unterhält Armenien eine "starke und effektive" Armee und führt seine Diplomatie simultan auf mehreren Ebenen: militärische Kooperation mit Rußland; "kollektives Sicherheitssystem" in der GUS; der Friedensprozeß in Berg-Karabach; internationale Rüstungskontrolle (Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa/VKSE); Kooperation mit der NATO in der "Partnership for Peace" (PfP).<sup>1</sup> Die Reihung – Rußland an der ersten, die NATO an der letzten Stelle – ist nicht zufällig: Das enge Militärbündnis mit Moskau ist der innenpolitisch völlig unumstrittene Eckpfeiler der Sicherheitspolitik Armeniens.

Die Streitkräfte haben aufgrund der isolierten geographischen Lage Armeniens und der anhaltenden Spannungen im Südkaukasus eine klare überproportionale Bedeutung in der Politik und Gesellschaft des Landes. Eine russische Zeitschrift nannte die armenische Armee "den wichtigsten staatsbildenden Faktor"<sup>2</sup> – und sie gehört zu jenen staatlichen Institutionen, die das höchste Vertrauen in der Bevölkerung genießen. Allerdings ist unter westlichen Beobachtern die Einschätzung anzutreffen, daß "die Aktivitäten der Militärs und Sicherheitskräfte de facto keiner zivilen Kontrolle unterliegen".<sup>3</sup>

## 2. Kompetenzen und rechtliche Rahmenbedingungen

Der Präsident vertritt aufgrund der Verfassung vom Juli 1995<sup>4</sup> die Republik in den internationalen Beziehungen, hat die "allgemeine Führung" der Außenpolitik und schließt internationale Verträge ab (Art. 55, Abs. 7). Er ist Garant von Unabhängigkeit, territorialer Integrität und Sicherheit der Republik (Art. 49) und Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Art. 55, Abs.12). Der Präsident ernennt und entläßt den Premier sowie auf dessen Vorschlag die Mitglieder der Regierung, darunter den Verteidigungsminister (Art. 55, Abs. 4), sowie die Führung der Streitkräfte (Art. 55, Abs. 12). Zudem verleiht der Präsident hohe militärische Ränge (Art. 55, Abs. 16). Er trifft die Entscheidung über den Einsatz der Streitkräfte im Falle eines Angriffes auf die Republik oder einer unmittelbaren Bedrohung, verhängt nach einer Kriegserklärung durch die Nationalversammlung (Parlament) das Kriegsrecht und kann eine teilweise oder allgemeine Mobilisierung anordnen (Art. 55, Abs. 13).

---

<sup>1</sup> Vartan Oskanian: A New Security Agenda for Armenia. In: Transitions, 4/1997, S. 58f.

<sup>2</sup> Itogi, 23.11.1999, S. 38.

<sup>3</sup> Otto Luchterhand: Republik Armenien, Karabach und Europa – endlose Frustrationen?, Vortrag in der Amerikanischen Universität in Jerewan, 24.3.1999, S. 7 (Homepage der Deutsch-Armenischen Gesellschaft).

<sup>4</sup> Etwa in Ju.A. Dmitriev/N.A. Michaleva (Hrsg.): Novye konstitucii stran SNG i Baltii. Moskva 1998, S. 105-133.

Die Regierung soll "die Verwirklichung der Verteidigung, der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik der Republik" gewährleisten (Art. 89, Abs. 6). Die Nationalversammlung erklärt den Krieg (Art. 81, Abs. 3), ratifiziert und kündigt internationale Verträge (Art. 81, Abs. 2) und bestätigt das Staatsbudget mit einem Posten für das Militär. Von den lediglich sechs Ausschüssen der Nationalversammlung haben zwei sicherheitspolitische Relevanz, nämlich Auswärtige Beziehungen sowie Verteidigung, innere Angelegenheiten und nationale Sicherheit.

Die Militärgesetzgebung folgt formal folgendem Instanzenzug: Das Verteidigungsministerium erarbeitet den ersten Entwurf eines Gesetzes. Er wird zunächst von seiner Rechtsverwaltung auf Übereinstimmung mit der Verfassung geprüft und geht an den Regierungsapparat zur Erörterung und Abstimmung mit anderen Behörden. Dann wird er von der Regierung beschlossen und an das Parlament weitergegeben. Dessen Ausschuß für Verteidigung, innere Angelegenheiten und nationale Sicherheit erstellt Expertisen (unter anderem unter Heranziehung unabhängiger Experten), begutachtet Gesetzesentwürfe aus dem Militärbereich und erarbeitet entsprechende Einschätzungen für das Parlament, die allerdings nicht eine automatische Annahme oder Ablehnung bewirken. Das Parlament kann einen Entwurf beschließen, an die Ausschüsse oder die Regierung zurückverweisen. Die meisten Militärgesetze nahmen die parlamentarische Hürde problemlos.<sup>5</sup> Die wichtigsten vom Parlament (bis Juli 1995 Oberster Sowjet, seither Nationalversammlung) beschlossenen Gesetze aus dem Verteidigungs- und Militärbereich sind:

- "Über die Verteidigung" (beschlossen am 29. Mai 1997). Es legt für den Verteidigungsbereich unter anderem die Vollmachten des Präsidenten, der Regierung und der territorialen Organe der Staatsverwaltung bzw. der Organe für örtliche Selbstverwaltung fest und skizziert Aufgaben, Struktur, Dislokation und Leitung der Streitkräfte. Die Tätigkeit von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen in den Streitkräften ist untersagt. Das Gesetz erlaubt die Stationierung ausländischer Truppen im Land (siehe Kap. 6.3).
- "Über die Wehrpflicht" (letzte Änderung Anfang März 2000). Danach werden Männer mit dem 18. Lebensjahr wehrpflichtig und für 24 Monate zu den Streitkräften einberufen. Ein Zivildienst ist nicht vorgesehen, und es gibt auch keinen öffentlichen Druck in diese Richtung.

### **3. Die Armee als innenpolitischer Faktor**

Nach der Bekanntgabe des Ergebnisses der Präsidentenwahlen vom 22. September 1996 – 51,75% für Amtsinhaber Lewon Ter-Petrosjan, 41,29% für seinen nationalistischen Haupttrivalen Vasgen Manukjan – kam es in der Hauptstadt Jerewan zu Unruhen. Von einem Wahlbetrug überzeugte Anhänger Manukjans stürmten am 25. September das Gebäude der Nationalversammlung und mißhandelten deren Vorsitzenden sowie seinen Stellvertreter schwer. Die Regierung sprach vom Versuch eines Staatsstreichs. Das Stadtzentrum Jerewans

---

<sup>5</sup> Nach B.L. Sadojan: O parlamentskom kontrole nad voennoj sferoj i ee perspektivach v Respublike Armenija. In: A.I. Nikitin (Gesamtredaktion): Parlamentskij kontrol' nad voennoj sferoj v novych nezavisimych gosudarstvach. Analitičeskie doklady, Centr Političeskich i Meždunarodnych Issledovanij. Moskva 1998, S. 34.

wurde auf Veranlassung von Bürgermeister Vano Siradegjan und Verteidigungsminister Vasgen Sarkisjan vorübergehend von Panzern und Sicherheitskräften abgeriegelt. Da wurde angeblich die Bereitschaft bekundet, das Feuer auf die Demonstranten zu eröffnen, wenn diese das bestehende Regime gefährden sollten.<sup>6</sup> Ter-Petrosjan konnte sich (zunächst) zwar behaupten, doch war die Legitimität seiner Herrschaft fortan in Frage gestellt.

Ab Herbst 1997 zeigte sich die Führung in Jerewan angesichts von Vorschlägen der OSZE zur Regelung des Karabach-Konflikts (vgl. Kap. 8.4) zunehmend uneinig. Der (politisch aus der Karabach-Solidaritätsbewegung in Armenien hervorgegangene) Präsident ließ sich eine Annahme offen, während sich führende Regierungsmitglieder, darunter vor allem Ministerpräsident Robert Kotscharjan und Sarkisjan, dagegen stellten. Beide neigten schon aufgrund ihres Werdeganges nicht zu Nachgiebigkeit gegenüber Aserbaidshan: Kotscharjan hatte sich seit 1989 mit der Aufstellung von "Selbstverteidigungskräften" Karabachs befaßt, war von August 1992 bis Ende 1994, also während des Krieges um die Enklave (siehe Kap. 8.1), Vorsitzender des "Staatskomitees für Verteidigung" Karabachs und dann bis März 1997, als ihn Ter-Petrosjan nach Jerewan holte, der Präsident der selbsternannten Republik gewesen; auch Sarkisjan (ein ehemaliger Sportlehrer an einer Mittelschule) kämpfte in Karabach und wurde zum "Helden Arzachs".

Die Regierungsfraktion büßte ihre Mehrheit im Parlament ein, weil zahlreiche ihrer Angehörigen vor allem zur Fraktion "Jerkrpah" ("Verteidiger des Vaterlandes"), die aus Karabach-Veteranen bestand bzw. deren Interessen vertrat, überliefen. Ter-Petrosjan verzichtete darauf, seine verfassungsmäßigen Kompetenzen zur Entfernung seiner Kritiker aus der Regierung zu nutzen, und trat am 3. Februar 1998 zurück. Die Präsidentenwahlen am 30. März 1998 entschied der parteilose Kotscharjan klar für sich.

Bei den zweiten Parlamentswahlen seit der Erlangung der Unabhängigkeit Armeniens (Ende 1991) am 30. Mai 1999 siegte mit 41,67% der abgegebenen Stimmen das von der Republikanischen Partei Sarkisjans und der Volkspartei Karen Demirtschjans (1974-1988 erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Armenischen Sowjetrepublik) gebildete Bündnis "Miasnutjun" ("Einheit"). Ersteren ernannte Kotscharjan Mitte Juni 1999 zum Ministerpräsidenten, letzterer wurde zum Vorsitzenden der Nationalversammlung gewählt. Zum neuen Verteidigungsminister stieg Generalleutnant Vagarshak Arutjunjan auf, ehemals Vertreter Armeniens beim Stab für die Koordinierung der militärischen Zusammenarbeit der GUS-Staaten in Moskau; er kann als "Mann Rußlands" gelten. Von der vorangegangenen Regierung verblieb unter anderem Außenminister Oskanjan (ein ehemaliger US-Bürger) im Amt. Das bisherige Ministerium für Inneres und Sicherheit wurde geteilt. Sein bisheriger Chef Serge Sarkisjan sah sich politisch geschwächt; ihm verblieb lediglich das

---

<sup>6</sup> Nach Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 15.4.1997, S. 7.

Sicherheitsressort.<sup>7</sup> Der frühere Bürgermeister von Jerewan, General Suren Abrahamjan, übernahm das Innenministerium.

Die zweifellos nachhaltigste innenpolitische Erschütterung in dem bis dahin – im Vergleich mit den beiden anderen südkaukasischen Staaten – relativ stabilen Armenien wurde von einem Anschlag auf die Nationalversammlung am 27./28. Oktober 1999 ausgelöst: Fünf Attentäter mit dem nationalistisch gesinnten Journalisten Nairi Unanjan an der Spitze stürmten in den Plenarsaal und erschossen Ministerpräsident Sarkisjan, Parlamentspräsident Demirtschjan, seine beiden Stellvertreter Jurij Bachschjan und Rouben Mirojan, den Minister für operative Fragen (und ehemaligen Ministerpräsidenten von Karabach), Leonard Petrosjan, und drei Abgeordnete. Privatisierungsminister Pawel Ghaltachtschjan und sechs Abgeordnete wurden verletzt. Am Eingang des Parlamentsgebäudes hatte es nicht einmal Metalldetektoren gegeben, so daß die Attentäter ihre Maschinenpistolen unter langen Gewändern verbergen konnten; Unanjan, der im Parlament akkreditiert gewesen war, zeigte lediglich seinen Journalistenausweis vor. Im Land blieb es völlig ruhig; äußere Anzeichen eines Putschversuches waren nicht erkennbar. Allerdings zog Militärstaatsanwalt Gagik Jangirjan Anfang März 2000 aus den bis dahin vorliegenden Ergebnissen der Untersuchung der Ereignisse vom 27./28. Oktober den Schluß, daß tatsächlich ein Coup geplant war.

Hunderte Angehörige der Sicherheitskräfte – Miliz (Polizei), Innere Truppen, Armee – umstellten (auf Anordnung des Verteidigungsministers und ohne Rücksprache mit Kotscharjan) das Gebäude der Nationalversammlung. Am späten Abend des 27. Oktober sprach eine Delegation von ca. zehn Mann im Namen der Armee beim Präsidenten vor, obwohl ihr nur zwei Militärs angehörten. Sie präsentierte ihm eine Liste von Personen, die auf die Posten des Ministerpräsidenten, des Generalstaatsanwalts sowie der Minister für Inneres, Sicherheit und Koordination von Produktions-Infrastrukturen ernannt werden sollten. Als neuer Regierungschef war Vahan Shirchanjan, amtierender Minister für die Koordination von Produktions-Infrastrukturen (und ehemaliger Militärberater Ter-Petrosjans), vorgesehen. Kotscharjan reagierte empört auf diese Forderungen, meinte aber später, daß die Armee als solche nichts damit zu tun habe.<sup>8</sup> Shirchanjan selbst wies alle Ambitionen auf das Amt des Regierungschefs zurück.

Unanjan beschrieb seine Motive in wirren Verlautbarungen, die auch im armenischen Fernsehen verlesen wurden. Nach 18 Stunden gaben die Attentäter dank Verhandlungen Kotscharjans auf. Unmittelbar nach dem Ende des Geiseldramas, das Armenien einen Schock versetzt und das Land weltweit in die Schlagzeilen gebracht hatte, meldete sich das von Anhängern Vasgen Sarkisjans dominierte Verteidigungsministerium mit einer scharfen Erklärung zu Wort. Sie erinnerte an die nach wie vor ungeklärten Morde am stellvertretenden Verteidigungsminister General Vagram Chorchoruni (10. Dezember 1998) und dem stellvertretenden Innen- und Sicherheitsminister und Kommandanten der Truppen des

---

<sup>7</sup> Der (nicht mit Vasgen Sarkisjan verwandte) Serzh Sarkisjan amtierte als Verteidigungsminister von Karabach, ehe er nach Armenien ging, wo er 1993-1995 Verteidigungsminister, 1995/96 Chef der Verwaltung für Staatssicherheit bzw. Minister für nationale Sicherheit und seit 1996 Minister für Inneres und Sicherheit war.

<sup>8</sup> Kocharyan Comments on 'Army' List of Demands. Snark News Agency (online), 16.11.1999.

Innenministeriums, Generalmajor Arzrun Markarjan (9. Februar 1999), und monierte, daß die im Zusammenhang damit seinerzeit erhobenen Forderungen des Armeekommandos von den Rechtsschutzorganen ignoriert worden seien. Nun seien die innere und äußere Sicherheit des Staates in Gefahr. Vor allem aber forderte das Verteidigungsministerium die Entlassung von Generalstaatsanwalt Aghvan Howsepjan sowie der Minister für Inneres und Sicherheit. Irgendwelche Maßnahmen für den Fall der Nichtbefolgung wurden (zumindest offiziell) jedoch nicht angedroht. Abrahamjan und Serge Sarkisjan reichten den Abschied ein, den Kotscharjan allerdings nicht sofort annahm. Er ließ ausrichten, daß er sich keine Ultimaten stellen läßt; die Armee solle sich politischer Kommentare enthalten. Allerdings verloren alle drei Funktionäre schließlich doch ihre Posten, und der Umstand, daß Kotscharjan dem Hauptmilitärstaatsanwalt die Leitung der Untersuchung des Anschlages im Parlament übertrug, ist als Konzession an die Streitkräfte zu betrachten.

Am 2. November wählte die Nationalversammlung den Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses, Armen Chatschatrjan (Volkspartei), zu ihrem neuen Vorsitzenden. Am nächsten Tag ernannte Kotscharjan den jüngeren Bruder des Ermordeten Vasgen Sarkisjan, Aram, zum neuen Premier. Er gehört der Republikanischen Partei wie auch "Jerkrpah" an, war aber als Direktor einer Zementfabrik außerhalb Jerewans nicht politisch aktiv. Auf die Posten der Minister für Sicherheit und Inneres reflektierten Spitzenmilitärs, die Vasgen Sarkisjan nahegestanden waren und deren Präsenz in der Regierung Kotscharjan fürchtete, weil er meinte, daß sie seine eigenen Machtpositionen einschränken könnten. Am 13. November 1999 nahm er dann neue Ernennungen in die Regierung vor. Generalmajor Karlos Petrosjan, bis dahin Leiter der Untersuchungsabteilung des Innenministeriums, wurde Sicherheitsminister, Generalmajor Hayk Arutjunjan, seit 1992 stellvertretender Innenminister und seit 1999 Kommandeur der Inneren Truppen, Innenminister. Serzh Sarkisjan, einer der engsten Vertrauten Kotscharjans, wurde zum Chef der Präsidialadministration und kurz darauf auch zum Sekretär des Sicherheitsrates Armeniens ernannt. Diesem Gremium gehören – neben dem Präsidenten und eben dem Sekretär – der Premierminister, der Parlamentspräsident, die Minister für Verteidigung, Inneres und Sicherheit, der Bürgermeister von Jerewan und der Vorsitzende des Verfassungsgerichts an.<sup>9</sup>

Mitte März 2000 berief Kotscharjan vier neue stellvertretende Verteidigungsminister, nämlich Generalmajor Manwel Grigorjan (bis dahin Kommandeur des 1. Armeekorps und Vorsitzender von "Jerkrpah"), Generalmajor Jurij Chatschaturow (Kommandeur des 4. Korps), Oberst Artur Agabegjan und Oberst Gourgen Melkonjan. Die beiden letzteren wurden gleichzeitig zu Generälen befördert. Grigorjan übernahm internationale Militärbeziehungen, die Entwicklung der Militärgesetzgebung sowie die Rüstungsindustrie, Agabegjan Personalfragen, Chatschaturow die Bewaffnung und Melkonjan die Logistik. General Enrico Aprimow, Kommandeur des 2. Korps, wurde stellvertretender Generalstabschef. Oberst Seyran Sarojan, ein weiterer "Jerkrpah"-Spitzenfunktionär, übernahm das 2. Korps, Oberst Lewon Jeranosjan das 1. Korps und Oberst Haykaz Baghamjan das 5. Korps. Alle drei

---

<sup>9</sup> Nach Serge Sarkisjan appointed Secretary of NSC. Itar-TASS (online), 22.11.1999.

wurden zu Generälen ernannt. Verteidigungsminister Arutjunjan blieb im Amt. Es wurde vermutet, daß ein Versuch Kotscharjans, ihn zu feuern, die offiziellen Beziehungen mit Moskau belasten würde.<sup>10</sup> Der Präsident, der sich wiederholt gegen eine Politisierung der Armee aussprach, beabsichtigte mit den Personalrochaden offenbar, "Jerkrpah" als politische Kraft in Machtkampf mit Ministerpräsident Aram Sarkisjan zu neutralisieren.<sup>11</sup> Dieser kritisierte Kotscharjan denn auch heftig, weil die Ernennungen ohne sein Wissen durchgeführt worden seien. Ein Dekret Kotscharjans vom 17. März 2000 hob zudem eine von Vasgen Sarkisjan unterzeichnete Regierungsverordnung vom August 1999 auf, die dem Ministerpräsidenten das exklusive Recht zur Ernennung von Führungspersonal in den Ministerien für Verteidigung, Inneres und Sicherheit verliehen hatte.

## 4. Die Streitkräfte

### 4.1 Struktur, Ausrüstung und Finanzierung

Die Streitkräfte Armeniens (58.000 Mann Armee und Armeeluftwaffe, 2.000 Mann Luftabwehr; ca. 300.000 Reservisten) sind fast vollständig mit Waffen und Ausrüstung sowjetischer bzw. russischer Herkunft ausgestattet.<sup>12</sup> Die Armee hat ihre Hauptstützpunkte in Jerewan, Gjumri (früher Leninakan), Vanadzor (Kirovakan) und ist wie folgt gegliedert (Stand: 1. Dezember 1999):

- 3 motorisierte Schützenbrigaden;
- 10 unabhängige motorisierte Schützenregimenter;
- 1 unabhängiges motorisiertes Schützenregiment (Training);
- 1 Artilleriebrigade;
- 1 Artillerieregiment;
- 1 Panzerabwehrregiment;
- 1 Panzerbataillon (Training);
- 1 Regiment Spezialtruppen;
- 1 unabhängige Hubschrauberstaffel.

Die Armee verfügt über folgende Ausrüstung:

- Kampfpanzer: T-72 (102 Stück);
- Schützenpanzer (168): BMP-1/-2 (158), BMD-1 (10);
- gepanzerte Mannschaftstransporter (131): BTR-60 (14), BTR-70 (32), BTR-80 (4), BTR-152 (6), MT-LB (75);

---

<sup>10</sup> David Petrosyan: Posts and Ranks in Exchange for Loyalty and Non-Interference in Politics. The Noyan Tapan Highlights, 11/2000.

<sup>11</sup> Vgl. Nezisimaja gazeta, 17.3.2000, S. 5.

<sup>12</sup> Die folgenden Angaben stammen vom US-Marineinstitut; nach Periscope (online) – Armenia. Vgl. die teilweise nicht unerheblich abweichenden Daten in The Military Balance 1998/99. London 1998, S. 73f; The Military Balance 1999/2000. London 1999, S. 79f.; Jane's Sentinel – Russia and the CIS. 4th update, 1999 (Armenia, Kap. 1.11.12-1.11.16, 1.12.10-1.12.12), sowie die von Armenien an die OSZE gemeldeten Daten (Tab. 1).

- Kanonen (26+): 152 mm 2A36 "Giazint" (26), 100 mm T-12/T-12M zur Panzerabwehr (?), 85 mm D-44 zur Panzerabwehr (?);
- Haubitzen (147): 152 mm 2S3 "Akazia" (28), 152 mm D-1 – M1943 (2), 152 mm D-20 (34), 122 mm 2S1 "Gvozdika" (10), 122 mm D-30 (59);
- Granatwerfer (19): 120 mm M1943;
- Mehrfachraketenwerfer: 122 mm BM-21 "Grad" (47);
- Panzerabwehrraketen (45): AT-3 "Sagger" (18), AT-6 "Spiral" (27).

Die Luftwaffenbasen sind in Jerewan, Gjumri, Vanadzor, Berd, Oktember und Kafan. Das (unter Ersatzteilmangel und schlechter Wartung leidende) Luftarsenal umfaßt:

- 1 Transportmaschine Tu-154B-2 "Careless" und
- 25 Hubschrauber: Mi-2 "Hoplite" (6), Mi-8 "Hip" (8) und Mi-9 "Hip" (2) für Transportzwecke und Mi-24K "Hind"-G2 / Mi-24P "Hind"-F zum Angriff (7).

Die Luftabwehr hat je zwei Brigaden und Regimente, die mit folgenden Boden-Luft-Raketen ausgerüstet sind: SA-2 "Guideline" (russische Bezeichnung S-75 "Dvina")/SA-3 "Goa" (= S-125) (25), SA-4 "Ganef" (= 2K11 "Krug") (52), SA-8 "Gecko" (= 9K33 "Romb") (20), SA-9 "Gaskin" (= 9K31 "Strela-") (?), SA-13 "Gopher" (= 9K35 "Strela-10") (?), SA-18 "Grouse" (= 9K38) (40).

Dazu kommen die ca. 1.000 Mann (vier Brigaden) starken, leicht bewaffneten Truppen des Innenministeriums mit 34 BMP-1 und 30 BTR-70/-80/-152 sowie die dem Sicherheitsministerium unterstellten Grenztruppen, welche die Grenze zu Georgien bewachen; an den Grenzen zur Türkei und zum Iran stehen russische Grenztruppen.

Die russische Militärzeitung "Roter Stern" meinte, daß Armenien auch "unter den Bedingungen einer schweren wirtschaftlichen Lage bei der Verteidigung nicht spart".<sup>13</sup> 1995 gab das Land umgerechnet 77 Mio. Dollar für die Verteidigung aus, 1996: 122 Mio., 1997: 138 Mio., 1998: 150 Mio. (budgetiert 60) und 1999: 170 Mio. (budgetiert 75).<sup>14</sup>

#### **4.2 Die Frage der russischen Waffenlieferungen**

Im Februar 1997 erklärte der damalige russische Minister für GUS-Angelegenheiten, Aman Tulejew, daß das Verteidigungsministerium ohne Wissen und Billigung von Präsident und Regierung gratis Waffen im Wert von rund 1 Mrd. Dollar an Armenien geliefert habe. Dies wurde von Verteidigungsminister General Igor Rodionow auch bestätigt.<sup>15</sup> Ein Bericht des damaligen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses der Staatsduma (Unterhaus des russischen Parlaments, der Föderalversammlung), General Lew Rochlin, enthielt eine detaillierte Liste des russischen Kriegsgeräts, das zwischen Januar 1993 und Dezember 1996 an Ar-

---

<sup>13</sup> Krasnaja zvezda, 14.11.1998, S. 4.

<sup>14</sup> Nach Jane's Sentinel a.a.O., Armenia, Kapitel 1.9.2; The Military Balance 1998/99, S. 73; The Military Balance 1999/2000, S. 79; Asbarez Online, 29.2.2000. Die Angaben über die armenischen Militärausgaben sind generell nicht unproblematisch, da sie mitunter auf einfache Umrechnungen des Militärbudgets in der Landeswährung Dram in Dollar zurückgehen; das kann wegen der Inflation zu mißverständlichen Ergebnissen führen. In manchen Publikationen sind auch andere als die hier genannten Zahlen anzutreffen.

<sup>15</sup> Nach Segodnja, 15.2.1997, S. 2; Segodnja, 19.3.1997, S. 3.

menien gegangen sei: 8 Raketenwerfer R-17 und 32 Raketen (= SCUD-B) mit der gleichen Anzahl an Sprengköpfen dazu,<sup>16</sup> 27 Boden-Luft-Komplexe "Krug" mit 349 Raketen, 40 Boden-Luft-Raketen für den Komplex "Osa", 84 Panzer T-72, 72 Haubitzen, 50 Schützenpanzer BMP-2, 18 "Grad"-Raketensysteme, 40 Luftabwehrkomplexe "Igla" mit 200 Raketen, 26 Granatwerfer, 7.910 Gewehre, 306 Maschinengewehre, 1.847 Pistolen, 20 Granatgewehre, bis zu 230 Mio. Schuß Munition verschiedener Kaliber, vier selbstlenkende Panzerabwehrraketen, 345.800 Handgranaten und zahlreiche weitere Waffen und Ausrüstungsgegenstände.<sup>17</sup>

Solche Geräte sind, wie Tabelle 1 belegt, nicht in die Meldungen Armeniens über die Ausrüstung seiner Streitkräfte an die KSZE/OSZE eingegangen,<sup>18</sup> was drei Erklärungsvarianten offenläßt: Es fanden keine Waffenlieferungen statt, und Tulejew, Rodionow und Rochlin haben Falschinformationen verbreitet; es gab Lieferungen, die ganz oder teilweise in Armenien verblieben sind, aber der KSZE/OSZE verheimlicht wurden; Armenien hat die Waffen ganz oder teilweise verkauft oder weitergegeben (etwa an Karabach).

*Tabelle 1:* Offizielle Angaben Armeniens über seine Streitkräfte (jeweils zum 1.1. des Jahres)

	Waffen: VKSE-Limits:	Panzer	Panzerfahrzeuge	Artillerie	Kampfhelikopter	Flugzeuge
		220	220	285	50	100
1993		250	640	350	7	0
1994		129	346	225	13	6
1995		102	285	225	7	6
1996		102	285	225	7	6
1997		102	218	225	7	6
1998		102	218	225	7	6
1999		102	204	225	7	6

*Quelle:* The Military Balance (London, International Institute for Strategic Studies – IISS), Ausgaben von: 1993/94, S. 244; 1994/95, S. 267; 1995/96, S. 198; 1996/97, S. 316; 1997/98, S. 302; 1998/99, S. 305; 1999/2000, S. 306.

Aserbaidshan zeigte sich angesichts der (in der russischen Presse kaum je in Zweifel gezogenen) Verlautbarungen Tulejews und Rochlins empört und sprach von einer Diskreditierung Rußlands als Vermittler im Karabach-Konflikt, der Erhöhung der Spannungen im Südkaukasus, groben Verletzungen des KSE-Vertrags usw. und behauptete, daß die Waffen ganz oder teilweise weiter nach Karabach gegangen seien (vgl. Kap. 8.2). Jerewan hat offiziell bis heute nicht anerkannt, illegal russische Waffen erhalten zu haben, und beschuldigte seinerseits Baku, die KSE-Bestimmungen zu mißachten: Es habe sich hinter dem Rücken der anderen Vertragsteilnehmerländer unter anderem 12 MiG-21, 4 Su-15 und Su-25-Flugzeuge sowie

<sup>16</sup> Armenisches Personal war am Übungsplatz von Kapustin Jar (Rußland) im Mai und Juni 1996 an den SCUDs trainiert worden (nach Jane's Defence Weekly, 15/1997, S. 15). Sollte Armenien tatsächlich über diese ca. 300 Kilometer weit reichenden Raketen verfügen, könnte es nicht nur Baku, sondern auch aserbaidshansische Erdölquellen direkt bedrohen.

<sup>17</sup> Daten von der Homepage des Präsidenten Aserbaidshans.

<sup>18</sup> Nach Angaben der US Arms Control and Disarmament Agency (online) hat Armenien im Zeitraum 1993-1996 um ganze 60 Mio. Dollar Waffen importiert (1993 – 0, 1994 – 10 Mio., 1995 – 20 Mio., 1996 – 30 Mio.) und überhaupt keine exportiert.

100 Panzer T-55 beschafft und damit sein Arsenal auf 285 Panzer, 785 Panzerfahrzeuge und 336 Artilleriegeschütze gebracht, was über den jeweiligen KSE-Quoten liegt.<sup>19</sup>

Verteidigungsminister Vasgen Sarkisjan gab Mitte 1997 eine Erklärung ab, die mannigfaltige Interpretationen zuläßt: Einerseits könne sich eine Untersuchungskommission gerne davon überzeugen, daß Armenien von Rußland weniger Waffen erhalten habe als Aserbaidschan; doch habe Armenien seine militärische Stärke in den vergangenen zwei Jahren verdoppelt, ohne dafür Budgetmittel aufzuwenden. Nicht uninteressant sind in diesem Zusammenhang die Worte, mit denen der Jerewaner Bürgermeister Albert Basejan dem ehemaligen (1992 bis Mitte 1996) Verteidigungsminister Rußlands, General Pawel Gratschow, zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft seiner Stadt Anfang Dezember 1999 gratulierte: "Der russische Militärführer war in schwierigen Tagen mit uns, und wir haben seine Unterstützung immer gespürt".<sup>20</sup> Zwar wurde eine von Armenien, Aserbaidschan und Rußland beschickte Kommission zur Prüfung der Vorgänge um die Waffenlieferungen eingerichtet, doch die unterschiedlichen Interessen der drei Länder an einer Aufklärung behinderte ihre Arbeit stark. Gesicherte Ergebnisse liegen bis heute nicht vor.

Meldungen über Waffenlieferungen sorgten auch in der Folge für Spannungen. So erhob Aserbaidschan gegenüber Armenien im Frühjahr 1999 die offizielle Beschuldigung, acht Einheiten des chinesischen Raketensystems "Taifun" angeschafft zu haben. Vier seien in Karabach stationiert und auf Grenzregionen Aserbaidschans gerichtet; derzeit würden chinesische Instrukturen Armenier daran ausbilden. Das Geschäft sei mit Vermittlung Moskaus (im Sommer 1998 trafen die Verteidigungsminister Rußlands und Armeniens in China zusammen) abgeschlossen worden. Peking verletze, so Baku, UNO-Resolutionen, die Waffenlieferungen in Konfliktgebiete verbieten,<sup>21</sup> und habe – so der damalige außenpolitische Berater des aserbaidschanischen Präsidenten Gajdar Alijew, Vafa Guluzade – beschlossen, "an der geopolitischen Konfrontation im Kaukasus auf der Seite Rußlands teilzunehmen".<sup>22</sup> Es liegen widersprüchliche Angaben darüber vor, ob die Botschaft Chinas in Jerewan die Lieferung der "Taifun" zugegeben hat.<sup>23</sup> Verteidigungsminister Vasgen Sarkisjan wies die Darstellung Aserbaidschans zurück, doch vermerkte auch das Londoner Strategieforschungsinstitut (IISS) den Transfer der "Taifun" nach Armenien.<sup>24</sup>

---

<sup>19</sup> Nach Segodnja, 7.3.1997, S. 3; Jane's Defence Weekly, 10/1997, S. 3. Später hieß es dann, daß die Ukraine 300 Panzer an Aserbaidschan verkauft habe, wovon ein Drittel in Tschetschenien aufgetaucht sei. Der erste stellvertretende ukrainische Verteidigungsminister Ivan Bizhan dementierte derartige Behauptungen allerdings (nach Nezavisimaja gazeta, 22.5.1999, S. 5), und während des zweiten Tschetschenienkrieges (seit September 1999) war auf russischer Seite nie von 100 Panzern der tschetschenischen Rebellen die Rede.

<sup>20</sup> Zitiert nach: Russia's Ex-Defence Minister Granted Rank of Honorary Citizen of Yerevan. Armenpress (online), 7.12.1999.

<sup>21</sup> Baku Alleges Moscow Brokered Chinese Missile Sale to Armenia. Stratfor (online) – Global Intelligence Update, 21.5.1999.

<sup>22</sup> Zitiert nach: Nezavisimaja gazeta, 25.5.1999, S. 5.

<sup>23</sup> Vgl. Nezavisimaja gazeta, 25.5.1999, S. 5 (Ja); Armenian International Magazine, June 1999, S. 16 (Nein).

<sup>24</sup> Vgl. The Military Balance 1999/2000, S. 45.

## 5. Rüstungsproduktion

Im Rahmen der sowjetischen Rüstungsindustrie hatte Armenien vor allem elektrotechnische Komponenten und Ausrüstungsgegenstände für die Flugzeug- und Schiffsbauindustrie hergestellt.<sup>25</sup> Bis heute liefert es (wie auch die Ukraine und Belarus) Teile für das russische Raketenabwehrsystem S-300PM.<sup>26</sup> Eine Endfertigung von Großwaffen gab und gibt es in Armenien nicht; es stellt lediglich leichte Waffen her: Das Maschinengewehr K-3 und das Scharfschützengewehr K-11 (jeweils Kaliber 5,45 mm) wurden 1996 auf einer griechischen Waffenmesse präsentiert und haben auch in westlichen Publikationen Aufmerksamkeit gefunden.<sup>27</sup> Im Sommer 1999 war das K-11 in der armenischen Armee schon eingeführt, während das K-3 noch Tests durchlief. Armenien hofft auch auf Exporte vor allem in Entwicklungsländer.<sup>28</sup>

Die Ankündigung des russischen Präsidenten Wladimir Putin von Januar 2000, die Rüstungsaufträge um 50% zu erhöhen, weckte auch in Armenien die Hoffnung, mit Aufträgen bedacht zu werden; angeblich warten dort über 20 rüstungswirtschaftlich relevante Betriebe auf russische Bestellungen.<sup>29</sup>

## 6. Der Faktor Rußland

Rußland beansprucht sämtliche früheren Sowjetrepubliken (und daher auch den Südkaukasus) als "Zone besonderer Interessen", die es politisch, wirtschaftlich und militärisch eng an sich zu binden gilt, während Einflüsse dritter Staaten und Organisationen zu minimieren sind.<sup>30</sup> Während Aserbaidschan und Georgien versuchen, sich dieser Strategie zu entziehen (wofür sie in Politik und Medien Rußlands mit permanenter Kritik bedacht werden), hat sich Armenien gern und widerspruchslos einbeziehen lassen. Es ist somit der letzte zuverlässige Verbündete Moskaus in der Region. Armenien ist dabei für Rußland in erster Linie Objekt geopolitischer und militärstrategischer Interessen, die auf eine Konterkarierung seiner Meinung nach zunehmender westlicher (und vor allem amerikanischer) Aktivitäten im Südkaukasus und im Kaspischen Becken abzielen. Diese beinhalten nach russischer

---

<sup>25</sup> The Defense Industries of the Newly Independent States of Eurasia. *Defense & Economy*, 7.4.1993, S. 828; Ursel Schlichting: Armenien. In: Hans-Joachim Gießmann/Ursel Schlichting (Hrsg.): *Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten – Fakten – Analysen*. Baden-Baden 1995, S. 29.

<sup>26</sup> Nach *Krasnaja zvezda*, 10.7.1999, S. 4.

<sup>27</sup> Siehe *Jane's Defence Weekly*, 18/1996, S. 37.

<sup>28</sup> Nach *Novoe vremja* (Jerewan), 2.9.1999, S. 2; Armenia producing its own firearms. *Itar-TASS* (online), 6.1.2000.

<sup>29</sup> Armenian Enterprises Awaiting Russian Defense Orders. *Armenian News Network/Groong* (online), 5.2.2000; vgl. *Izvestija*, 9.12.1999.

<sup>30</sup> Vgl. Martin Malek: Rußlands Politik im "postsowjetischen Raum". Aktuelle Entwicklungen und Szenarien künftiger Konflikte. In: Erich Reiter (Hg.): *Österreich und die NATO. Die sicherheitspolitische Situation Österreichs nach der NATO-Erweiterung*. Graz/Wien/Köln 1998, S. 657-675.

Überzeugung (auch) Druck gegen Armenien, um "eine Schwächung seiner (besonders militärischen) Bindungen an die Rußländische Föderation zu erreichen".<sup>31</sup>

Die Armenier haben (ähnlich wie die Serben) Rußland immer als Verbündeten gegen die Türken angesehen, und dieses nutzt(e) die sich daraus ergebenden Möglichkeiten, im Kaukasus (bzw. auf dem Balkan) Einfluß auszuüben bzw. Macht zu projizieren. Das enge Verhältnis zwischen den "strategischen Partnern" Armenien und Rußland ist nicht zuletzt aufgrund dieser tiefen historischen Verankerung von den jeweiligen innenpolitischen Entwicklungen praktisch unabhängig; es gibt hier wie dort keine irgendwie maßgeblichen Kreise, welche die enge politische, militärische und wirtschaftliche Bindung an das jeweils andere Land – und sei es behutsam – in Frage stellen würden. Die Moskauer Perspektive faßte Präsident Boris Jelzin wie folgt zusammen: "Wir dürfen Armenien nicht verlieren und wir werden es nicht verlieren".<sup>32</sup> Der Nationalist Konstantin Satulin gab einer verbreiteten Stimmung Ausdruck, als er meinte, daß die – in Rußland außerordentlich unbeliebten – "Personen kaukasischer Nationalität" doch nicht über einen Kamm geschoren werden dürften, "weil es ... Armenien gibt, das ... unser Israel im Kaukasus ist und das wir unterstützen müssen".<sup>33</sup> Von armenischer Seite ist die enge Zusammenarbeit mit Rußland nicht nur "Ergebnis einer pragmatischen Politik, sondern auch eine Herzensangelegenheit".<sup>34</sup> Auch wegen dieser "emotionalen Komponente" dürfte eine "Emanzipation" armenischer Politik von Moskau in der näheren Zukunft ausgeschlossen sein. Zwar muß man auch in Armenien eine weltpolitische Schwächung Rußlands einräumen, aber gleichzeitig besteht die Hoffnung, daß es sich bald wieder Respekt verschaffen wird – und davon erhofft man sich offenbar eine Stärkung der eigenen Position vor allem gegenüber Aserbaidschan, aber auch der Türkei.

### **6.1 Rußland und der Anschlag auf das Parlament**

Nach dem Anschlag auf das armenische Parlament war aus Moskau unverzüglich die Spezialeinheit "Alfa" eingeflogen worden.<sup>35</sup> Sie war angeblich – zusammen mit armenischen Spezialeinheiten – bereit, das Gebäude der Nationalversammlung zu stürmen. Ein solcher Plan soll für den Vormittag des 28. Oktober 1999 bestanden haben,<sup>36</sup> doch kapitulierten die Attentäter vorher. Es gab widersprüchliche Meldungen, ob die russischen Truppen in Armenien während der Geisellaffäre in den Alarmzustand versetzt wurden; die Hauptverwaltung für internationale Militärkooperation des Verteidigungsministeriums Rußlands bestritt

---

<sup>31</sup> G.G. Tiščenko: Vooružennye sily i voenno-političeskij kurs Armenii. In: Evgenij M. Kožokin (Gesamtredaktion): Armenija: Problemy nezavisimogo razvitija. Moskva 1998, S. 564.

<sup>32</sup> Zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 5.2.1998, S. 9.

<sup>33</sup> Zitiert nach: Itogi, 23.11.1999.

<sup>34</sup> Felix Mamikonian: Die Republik Armenien und ihre regionale und überregionale Außenpolitik. In: Raffi Kantian (Redaktion): Phönix aus der Asche. Armenien 80 Jahre nach dem Genozid. Deutsch-Armenische Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1996, S. 61.

<sup>35</sup> Armenia: Security Pact Signals Concern Over Russia. Stratfor (online) – Global Intelligence Update, 24.11.1999.

<sup>36</sup> The Gunmen Surrendered. Armenpress (online), 28.10.1999.

entsprechende Meldungen armenischer Medien und sprach nur von "erhöhten Sicherheitsmaßnahmen".<sup>37</sup>

An der feierlichen Beerdigung der Opfer des Anschlages auf das Parlament am 31. Oktober 1999 in Jerewan nahm eine große Delegation aus Rußland teil. Ihre Spitzenvertreter machten deutlich, was sie an Armenien vor allem interessiert: der damalige Ministerpräsident Putin hob hervor, daß die Getöteten "wahre Freunde Rußlands" gewesen seien. Der kommunistische Vorsitzende der Staatsduma, Gennadij Selesnjow, meinte, daß Rußland von dem Vorfall im armenischen Parlament deswegen so betroffen sei, weil ausgesprochene Verfechter einer engeren Bindung an Moskau getötet worden seien. Zudem unterstellte er eine Verschwörung: Unanjan und seine Komplizen seien "Söldner" von "Kräften" (womit nur der Westen, die Türkei und/oder Aserbaidtschan gemeint sein können, Anm. d. Verf.), die engere Kontakte zwischen Armenien und Rußland torpedieren wollten. Er habe aber keinen Zweifel, daß die Untersuchung auch die "Auftraggeber" des Anschlages aufspüren werde.<sup>38</sup> Deren weiterer Verlauf hat Selesnjows Vermutungen aber nicht bestätigt.

Aus zahlreichen russischen Stellungnahmen anlässlich der Ereignisse vom 27./28. Oktober sprach die Befürchtung, daß Armenien seinen außenpolitischen Kurs ändern, das heißt auf Distanz zu Moskau gehen und sich verstärkt dem Westen zuwenden könnte. Das stellte sich rasch als völlig unbegründet heraus. Aram Sarkisjan kündigte auch außenpolitisch die Fortsetzung des Kurses seines Bruders an – die "armenisch-russische strategische Partnerschaft ist für mein Land prioritär".<sup>39</sup> Auch Oskanjan schloß sofort nach dem Anschlag im Parlament eine außenpolitische Kehrtwende aus.

## **6.2 Das Militärbündnis Armenien – Rußland**

Moskau und Jerewan sind (vom multilateralen Forum der GUS abgesehen) durch zahlreiche bilaterale militärische und militärpolitisch relevante Abkommen miteinander verbunden, so über gemeinsame Ausbildung, Studien von Armeniern an russischen Militärakademien, Stationierungsbedingungen der russischen Truppen in Armenien (siehe Kap. 6.3), Bedingungen des Zusammenwirkens russischer und armenischer Einheiten, militärische Forschungen usw. Eine zentrale Rolle kommt dem Vertrag über Freundschaft, Kooperation und gegenseitigen Beistand vom 29. August 1997 zu, der (auch) enge militärische Zusammenarbeit sowie (in Art. 3) gegenseitigen Beistand im Kriegsfall vorsieht.<sup>40</sup> Dies löste in Aserbaidtschan – wo man Rußland ohnedies vorwirft, im Karabach-Konflikt die armenische Seite zu bevorzugen (siehe Kap. 8.5) – erhebliche Irritationen aus. Rußland und Armenien weisen aserbaidtschanische und türkische Kritik an ihrem engen Militärbündnis gerne mit der Erklärung zurück, daß dieses "gegen niemanden" gerichtet sei und lediglich der Aufrechterhaltung von Stabilität in

---

<sup>37</sup> Zitiert nach: Nezavisimaja gazeta, 29.10.1999, S. 5.

<sup>38</sup> Zitiert nach: Slain PM's Allies Deny Rift Between Kocharian, Army. RFE/RL reports from the region – Armenia report (online), 30.10.1999.

<sup>39</sup> Interview, in: Nezavisimaja gazeta, 7.12.1999, S. 5.

<sup>40</sup> Der Vertrag in: The Diplomatic Bulletin of the Foreign Ministry of the Republic of Armenia, July-September 1997, S. 19ff, sowie Diplomatičeskij vestnik (= Bulletin des Außenministeriums Rußlands), 9/1997, S. 31ff.

der Region diene. Zeitweise ist man aber auch weniger diplomatisch. So bezeichnete Oskanjan die Türkei offen als "potentielle militärische Bedrohung", warum eine enge militärische Zusammenarbeit seines Landes mit Rußland geboten sei.<sup>41</sup> Somit kann kein Zweifel bestehen, daß Armenien die militärische Kooperation mit Rußland als "Rückversicherung" gegen die Türkei, aber auch Aserbaidtschan ansieht. Die anhaltende Konfrontation zwischen Aserbaidtschan und Armenien hindert(e) Moskau jedoch nicht daran, ersteres zu einem Anschluß an das integrierte System der GUS-Luftverteidigung zu drängen bzw. eine "gemeinsame Luftverteidigung" im Kaukasus anzustreben.

Verteidigungsminister Vasgen Sarkisjan betonte, daß "die armenische Armee auf der Grundlage der russischen militärischen Kultur entstanden ist".<sup>42</sup> Die Kampfausbildung der 102. russischen Militärbasis in Armenien und der armenischen Streitkräfte wird praktisch nach einem einheitlichen Plan durchgeführt.<sup>43</sup> Die gemeinsamen Manöver hält man bevorzugt auf dem Übungsgelände Armawir nahe der Grenze zur Türkei ab. An dem bis dahin größten Manöver dieser Art seit dem Zerfall der UdSSR nahmen im September 1996 4.000 Soldaten, 98 Panzer und Panzerfahrzeuge, 50 Artilleriegeschütze sowie je vier Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber teil.<sup>44</sup> Zu viertägigen Übungen im September 1998, die Verteidigung und Gegenangriff in gebirgigem Gelände zum Thema hatten, wurden auch auf chemische Waffen spezialisierte Truppen der armenischen Streitkräfte herangezogen. Ende März 2000 übten armenische und russische Kräfte (mechanisierte Infanterie, Panzer und Luftwaffe), insgesamt ca. 2.000 Mann, in Armawir unter anderem das Zusammenwirken im Kampf gegen einen Eindringling. Der Verteidigungsminister von Karabach, Generalleutnant Seyran Ohanjan, war als Beobachter anwesend.

In der neuen "Konzeption für nationale Sicherheit" Rußlands vom 10. Januar 2000 werden die Kernwaffen als Mittel zur "Verhütung einer Aggression jeden Maßstabes ... gegen Rußland *und seine Verbündeten*" bezeichnet (Hervorhebung vom Verf.).<sup>45</sup> Die neue, am 21. April 2000 erlassene Militärdoktrin wiederholt das und fügt hinzu, daß gegen einen nicht über Kernwaffen verfügenden Staat, der einen Verbündeten Rußlands angreift und dabei von einer Atommacht unterstützt wird, ebenfalls ein russischer Atomschlag geführt werden kann. Zudem erklärt die Doktrin einen Atomeinsatz auch im Falle eines mit Massenvernichtungswaffen vorgetragenen Angriffes auf einen Verbündeten Rußlands für möglich. Damit wird der russische "Atomschirm" zumindest theoretisch auch auf Armenien ausgedehnt. Es ist allerdings nicht bekannt, ob es für den "Fall des Falles" konkrete einschlägige Abmachungen zwischen den beiden Ländern gibt.

---

<sup>41</sup> Oskanian a.a.O., S. 59.

<sup>42</sup> Interview, in: *Obščaja gazeta*, 3.12.1998, S. 5.

<sup>43</sup> *Nezavisimaja gazeta*, 4.2.1999, S. 5.

<sup>44</sup> *Nach Segodnja*, 4.10.1996, S. 8.

<sup>45</sup> *Koncepcija nacional'noj bezopasnosti Rossijskoj Federacii*. In: BBC – Russkaja služba (online), 14.1.2000, S. 17.

### 6.3 *Russische Militärpräsenz*

Der völlige Abzug der nach dem Zerfall der UdSSR in Armenien verbliebenen russischen Truppen (ehemals 7. Armee der sowjetischen Streitkräfte) stand nie ernstlich zur Diskussion. Ihr Status wurde mit einem im August 1992 unterzeichneten armenisch-russischen Abkommen geregelt. Im Oktober 1994 stationierte Rußland ein Geschwader mit 12 MiG-23-Jägern in Armenien. Am 16. März 1995 unterzeichneten Jelzin und Ter-Petrosjan einen Vertrag über die Einrichtung der 102. russischen Militärbasis in der nahe der Grenze zur Türkei gelegenen Stadt Gjumri für 25 Jahre (mit automatischer Verlängerung um fünf Jahre, wenn sich keiner der Vertragspartner dagegen ausspricht),<sup>46</sup> den die Parlamente beider Länder 1997 ratifizierten. Jerewan beherbergt vor allem (organisatorisch als Teil der Basis von Gjumri) die "Gruppe der Kampfleitung" der russischen Truppen in Armenien und ein russisches motorisiertes Schützenregiment. In unmittelbarer Nachbarschaft ist ein armenisches Regiment untergebracht. Die beiden Einheiten teilen sich Energie-, Wasser- und Wärmeversorgung.<sup>47</sup>

Rußland zahlt nichts für seine Militärbasis. Das bekanntermaßen arme Armenien trägt sogar 25% aller mit der Stationierung verbundenen Kosten.<sup>48</sup> Anfang März 2000 unterzeichneten Vertreter Armeniens und Rußlands ein Protokoll zur kostenlosen Nutzung von Land und Immobilien im Westen Armeniens zwischen Kapan und Gjumri (ca. 200 Quadratkilometer vor allem entlang der Grenze zur Türkei) durch die 102. Basis. Russische Militärs beschwerten sich gegenüber Armenien – im Gegensatz etwa zu Georgien – nie über "mangelnde Gastfreundschaft"; im Gegenteil betonten sie stets das gute Klima und die positiven Einstellungen der Eliten wie der Bevölkerung ihnen gegenüber.

#### 6.3.1 *Grenzschutz*

Der Grenzschutz spielt eine wichtige Rolle in der Militärpolitik Rußlands in der GUS. Es verfolgt dabei offiziell eine "Strategie der zwei Grenzen", die eine Bewachung der Grenzen der früheren UdSSR (jetzt "Außengrenzen der GUS") postuliert und nur dort, wo das wegen des Widerstandes der betreffenden GUS-Staaten (zum Beispiel Aserbaidschans) nicht möglich ist, auf den Schutz der "eigenen" (das heißt russischen) Grenzen rekurriert.<sup>49</sup> Das impliziert, daß diesen beiden Arten von Grenzen ein unterschiedlicher Status zukommt, und soll Moskaus "spezielle Interessen" in der GUS betonen.

Am 30. September 1992 wurde ein Vertrag über den Status der russischen Grenztruppen auf dem Territorium Armeniens und die Bedingungen ihrer Tätigkeit unterzeichnet. Sie sollen die Grenzen Armeniens zur Türkei (268 Kilometer) und zum Iran (35 Kilometer) sichern.

---

<sup>46</sup> Es ist bemerkenswert, daß Experten des armenischen Außenministeriums bestimmte Regelungen dieses Vertrages für unvereinbar mit dem VKSE hielten. Die Nationalversammlung ratifizierte das Dokument allerdings unverändert.

<sup>47</sup> Nach Krasnaja zvezda, 9.12.1998, S. 3.

<sup>48</sup> Nach Krasnaja zvezda, 14.11.1998, S. 4.

<sup>49</sup> Vgl. dazu das Interview mit dem Direktor des Föderalen Grenzdienstes (FPS) Rußlands, Generaloberst Alexander Tymko, in: Nezavisimoe voennoe obozrenie, 35/1998, S. 1, 3.

Konkret sind sie in Gjumri, Armawir, Artashat und Megri sowie auf einem Checkpoint am internationalen Flughafen von Jerewan ("Zwartnoz") stationiert. Angeblich stehen russische Grenztruppen aber auch an jenem (über 130 Kilometer langen) Abschnitt der aserbaidchanisch-iranischen Grenze, der von den Karabach-Armeniern kontrolliert wird.<sup>50</sup>

Seit dem 1. April 1999 wurde die russische Grenztruppeneinheit "Armenien" in eine "Operativgruppe der russischen Grenztruppen in Armenien" reorganisiert, der Nordkaukasischen Regionalverwaltung des Föderalen Grenzdienstes (FPS) Rußlands entzogen und direkt dem FPS unterstellt. Die Operativgruppe des FPS in Armenien wird von beiden Ländern auf paritätischer Basis finanziert; Armenien obliegt die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Treibstoff.

Das große Vertrauen, das zwischen den beiden Staaten herrscht, zeigt sich auch darin, daß einheimische Armenier in erheblichem Umfang zum Dienst in den russischen Kontingenten im Land herangezogen werden; so stellen sie die Hälfte des Personals der Grenztruppen. Der FPS in Armenien trainiert auch armenische Grenzsoldaten. Auf diese Weise möchte Levon Stepanjan, Kommandeur der armenischen Grenztruppen, Ausbildungsmängel seiner Einheiten beheben.<sup>51</sup>

### 6.3.2 Truppenstärke

Die Angaben über die russische Truppenstärke (127. motorisierte Schützendivision) in Armenien schwanken nicht unerheblich. Das IISS sprach von 3.100 Mann mit 74 Panzern, 148 Schützenpanzern, 17 gepanzerten Mannschaftstransportern, 84 Artilleriegeschützen und einem Geschwader MiG-29 zur Luftverteidigung.<sup>52</sup> Ähnlich die Daten des US-Marineinstituts (für Ende 1999): 4.000 Mann mit 74 Panzern, 158 Panzerfahrzeugen und 84 Artilleriegeschützen.<sup>53</sup> Eine georgische Quelle beschrieb die 102. Basis wie folgt: 2.941 Mann, 74 Panzer, 53 Panzerfahrzeuge (BMP und BTR), 125 verschiedene andere Fahrzeuge sowie 84 Artilleriegeschütze. Auf der Basis sollen das 123. (Jerewan), das 124. und das 128. Motorschützenregiment, das 116. Panzerbataillon (mit 35 T-72), das 992. Artillerieregiment, die 66. Artillerieeinheit, das 772. Aufklärungsbataillon und das 628. Fernmeldebataillon stationiert sein; ein Depot mit 56 Mann verfüge über 95 Panzerfahrzeuge (verschiedene Typen von BMP).<sup>54</sup> Eine andere Quelle kam dagegen auf 7.000 Mann mit 90 Panzern, 200 Panzerfahrzeugen, 100 Artilleriegeschützen, bis zu 50 Kampfhubschraubern, bis zu 25 Kampfflugzeugen und 20 Transportmaschinen.<sup>55</sup>

---

<sup>50</sup> Vgl. Itogi, 3.9.1996, S. 27; Jane's Sentinel a.a.O., Armenia, Kap. 2.19.8.

<sup>51</sup> Vgl. Armenia, Russia To Continue Border Defense Cooperation. Armenian News Network/Groong (online), 26.2.2000.

<sup>52</sup> Nach The Military Balance 1999/2000, S. 80. In der Ausgabe dieses Jahrbuches von 1998/99 war noch von 4.100 Mann Stützpunktbesatzung die Rede gewesen, und diese Zahl findet sich (für Ende 1999) auch etwa in: Armenia: Security Pact Signals Concern Over Russia. In: Stratfor (online) – Global Intelligence Update, 24.11.1999.

<sup>53</sup> Periscope – Armenia a.a.O., S. 5.

<sup>54</sup> Nach Irakli Aladashvili: Russian military bases in South Caucasus. In: The Army and Society in Georgia, October 1999, S. 3.

<sup>55</sup> Nach Jane's Sentinel a.a.O., Armenia, Kap. 1.14.32.

Eine russische Zeitung sprach Ende Oktober 1999 von lediglich 2.500 Mann. Allerdings reichten die in der 102. Basis gelagerten Waffen aus, um bei Bedarf "einige" motorisierte Schützendivisionen auszurüsten.<sup>56</sup>

Gesichert ist jedenfalls, daß Rußland im Dezember 1998 fünf moderne MiG-29 nach Armenien verlegte; bis Oktober 1999 kamen noch 13 dazu. Im Februar und März 1999 stationierte Rußland S-300V-Luftabwehrkomplexe, die eine Reichweite von 90 Kilometern besitzen, in seiner Basis in Gjumri. Um die gleiche Zeit brachte Rußland auch neue Radarstationen und Komplexe für funktechnische Aufklärung nach Armenien, "die den Umfang an Information, die Moskau aus der Region erhält, stark erhöhen".<sup>57</sup> Das Außenministerium Aserbaidschans protestierte gegen diese Maßnahmen und drückte die Befürchtung aus, daß "die russisch-armenischen Militäreinheiten sowohl gegen die Türkei als auch gegen Aserbaidschan eingesetzt werden könnten".<sup>58</sup> Moskau wies jede Kritik an seiner Truppenverstärkung in Armenien unter anderem mit der Erklärung zurück, daß Jerewan keinerlei Verfügungsrechte über die S-300 und die MiG-29 habe und es sich um "reine Verteidigungswaffen" handle. Allerdings ist unklar, was mit den MiG-23 geschehen ist. Meldungen über ihre Rückführung nach Rußland gab es nicht, so daß eine Übergabe an die armenische Luftwaffe denkbar ist.

#### **6.4 Der Faktor Tschetschenien**

Kotscharjan verlangte, Tschetschenien und Karabach nicht zu "verwechseln": "Tschetschenien ist ein Problem des Kampfes gegen den Terrorismus, Karabach ein Kampf für das unabdingliche Recht des Volkes ... auf Selbstbestimmung."<sup>59</sup> Die armenische Seite nannte aber keine weiteren Kriterien, die Aufschluß darüber geben würden, warum sie die territoriale Integrität Rußlands – und damit dessen Kriege in Tschetschenien 1994-1996 und seit September 1999 – unter Übernahme der Moskauer Terminologie unterstützt, die Aserbaidschans aber explizit ablehnt (vgl. Kap. 8.4).<sup>60</sup> Damit bleibt auch unklar, warum die Karabach-Armenier das Selbstbestimmungsrecht der Völker durch Sezession in Anspruch nehmen können sollen, Tschetschenien hingegen nicht. Es läßt sich daher lediglich vermuten, daß aus der pragmatischen armenischen Sicht Rußland deswegen ein Anrecht auf territoriale Integrität hat, weil es mit Armenien eng verbündet ist – im offenkundigen Unterschied zu Aserbaidschan.

---

<sup>56</sup> Nach Nezavisimaja gazeta, 29.10.1999, S. 5.

<sup>57</sup> Golos Armenii, 26.8.1999, S. 3.

<sup>58</sup> Zitiert nach: NATO and Azerbaijan. Mutually Beneficial Cooperation. Secretariat of the President of the Republic of Azerbaijan. Baku 1999, S. 89.

<sup>59</sup> Zitiert nach: Nezavisimaja gazeta, 27.1.2000, S. 5.

<sup>60</sup> Zahlreiche Armenier (wie auch Tschetschenen) haben auch 1992/93 auf der Seite der Abchasen gegen die Truppen der georgischen Zentralregierung gekämpft – mit dem Resultat, daß Abchasien heute (wie Karabach) zwar nicht de jure, aber de facto unabhängig ist.

Putin dankte Jerewan für dessen Unterstützung für den "Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Nordkaukasus"<sup>61</sup> (gemeint: die Kämpfer unter dem gewählten tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow, Anm. d. Verf.). Auch in Rußland ist die Einstellung zum Separatismus in der GUS und auf dem Balkan offenbar nicht von allgemein nachvollziehbaren Grundsätzen, sondern von geopolitischen Präferenzen abhängig: So ist die Sympathie, die Karabach in Politik und Medien Rußlands genießt, unübersehbar; es zählt (wie Abchasien und Südossetien in Georgien sowie die "Dnjestr-Republik" in Moldowa) zu den "guten" (weil prorussischen) bewaffneten Separatisten, während der Separatismus Tschetscheniens oder der Kosovo-Albaner mit Militärinterventionen bekämpft bzw. als "Terrorismus" und völlig illegitim verurteilt wird.

### **6.5 Armenien und die "Union" Rußland – Belarus**

Für Oskanjan steht ein Beitritt zu dem von Rußland und Belarus geplanten "Unionsstaat" nicht auf der Tagesordnung, und das unterstrich auch sein erster Stellvertreter Artashes Tumanjan bei Hearings in der Nationalversammlung im März 2000. Tumanjan stellte einen Konnex zwischen der Osterweiterung der NATO und der Bildung des russisch-belorussischen "Unionsstaates" her und warf die rhetorische Frage auf, ob Armenien durch einen Anschluß an diesen dazu beitragen sollte, ein Gegengewicht zur Allianz zu bilden.

Es gab allerdings in Armenien (vor allem, aber nicht nur von Kommunisten initiierte) Unterschriftenaktionen für einen Anschluß an die "Union" Rußland – Belarus. Die Kommunistische Partei, die über die drittstärkste Fraktion in der Nationalversammlung verfügt, ist klar für einen Beitritt Armeniens zur "Union"; das bestätigte auch ihr neuer Vorsitzender, Generalmajor Wladimir Darbinian (1969-1975 Innenminister und dann stellvertretender Justizminister der Armenischen Sowjetrepublik), unmittelbar nach seiner Wahl am 15. Januar 2000. Der kommunistische Fraktionsführer in der Nationalversammlung, Leonid Hakobjan, begründete seine Forderung nach einem Beitritt Armeniens zur "Union" mit Sicherheitsüberlegungen.

Anfang 2000 entstand in der Nationalversammlung eine "interparlamentarische Abgeordneteninitiative", die eine armenische Mitgliedschaft in der "Union" propagiert und Anfang Februar 2000 17 Mitglieder aus mehreren Fraktionen (darunter der Volkspartei) besaß; als Exekutivsekretär fungiert der Kommunist Agasi Arshakjan. Der Pressesekretär Kotscharjans, Vahe Gabrieljan, bekräftigte anläßlich der Entstehung der "Initiative" die offizielle Linie, daß die Außenpolitik Armeniens keinen Beitritt zur "Union" vorsieht. Somit stellt Armenien in der Formulierung Chatschatrjans seine "schwer verdiente" staatliche Unabhängigkeit nicht zur Disposition,<sup>62</sup> wenngleich nicht zu übersehen ist, daß es das russische Drängen auf eine möglichst enge "Integration" in der GUS unterstützt.

---

<sup>61</sup> Zitiert nach: Putin thanks Armenian PM for Chechen Support. Itar-TASS (online), 7.12.1999.

<sup>62</sup> Gespräch mit dem Autor in der Nationalversammlung Armeniens, 1.9.1999 in Jerewan.

## 7. Der Vertrag über kollektive Sicherheit

Armenien ist Gründungsmitglied des im Mai 1992 unterzeichneten Vertrages über kollektive Sicherheit (nach seinem Unterzeichnungsort auch Taschkenter Vertrag genannt), auf dessen Grundlage vor allem Rußland eine militärpolitische "Integration" möglichst vieler GUS-Staaten herbeiführen wollte. Er enthält (ähnlich wie der NATO-Vertrag) eine Klausel (§ 4), wonach ein Angriff auf einen Teilnehmerstaat als Angriff auf alle gilt. Aserbaidshan wollte den Vertrag nach seinem Beitritt Ende September 1993 gegen Armenien in Tätigkeit gesetzt wissen, doch wurde ihm von Rußland beschieden, daß er sich nur auf Angriffe von nicht ebenfalls der GUS angehörenden Staaten bezieht (auch wenn die GUS als solche in dem Vertrag keine Erwähnung findet). Daraufhin verlangte Aserbaidshan, den Vertrag so abzuändern, daß er auch "innere" Bedrohungen in der GUS abdeckt – offenkundig, um ihn dann gegen Armenien bzw. Karabach instrumentalisieren zu können. Wie nicht anders zu erwarten war, lehnten Rußland und (natürlich) Armenien dies ab. Jedenfalls herrschte zwischen dem Beitritt Aserbaidshans zum Taschkenter Vertrag und dem Waffenstillstand 1994 die kuriose Situation, daß zwei gleichermaßen an einem multilateralen Vertrag mit Beistandsklausel beteiligte Staaten einen (offiziell allerdings nie erklärten) Krieg gegeneinander führten.

Armenien hat den Taschkenter Vertrag – im Unterschied zu Georgien und Aserbaidshan – im Frühjahr 1999 verlängert und unterstützt auch sonst aktiv sämtliche Initiativen Moskaus, die GUS-Staaten sicherheitspolitisch enger an sich zu binden.<sup>63</sup> Folgerichtig schloß sich Armenien im April 1999 dem gemeinsamen Diensthabend System der GUS-Luftverteidigung an, deren Effizienz immer wieder in Manövern getestet wird. Das Manöver "Kampfgemeinschaft-99", das Ende August 1999 auf dem Truppenübungsplatz Aschuluk (Gebiet von Astrachan/Rußland) von Rußland, Armenien (das mit einer Division mit Luftabwehrkomplexen des Typs SA-3 "Goa" erstmals bei einer derartigen Übung vertreten war), Belarus, Kirgisien und Kasachstan abgehalten wurde, zielte offenkundig gegen die NATO: Unter der Leitung des Oberkommandierenden der russischen Luftwaffe und gleichzeitigen Vorsitzenden des Koordinationskomitees der GUS für Fragen der Luftabwehr, General Anatolij Kornukow, wurde – Presseberichten zufolge erfolgreich – unter anderem die Abwehr von Tomahawk-Flugkörpern eines Gegners aus dem "Westen" geübt.<sup>64</sup>

Vertreter Armeniens gehören dem erwähnten Koordinationskomitee und dem Militär-technischen Komitee (beides Arbeitsorgane des Rates der Verteidigungsminister der GUS) sowie entsprechenden Abteilungen des Stabes für die Koordinierung der militärischen Zusammenarbeit der GUS an.<sup>65</sup>

---

<sup>63</sup> Vgl. Martin Malek: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). In: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), 3/1999, S. 370ff.

<sup>64</sup> Nach *Izvestija*, 31.8.1999; *Nezavisimoe voennoe obozrenie*, 33/1999, S. 3.

<sup>65</sup> Nach *Krasnaja zvezda*, 14.11.1998, S. 4.

## 8. Berg-Karabach

### 8.1 *Abriß der Konfliktentwicklung*

Am 20. Februar 1988 verlangte das Lokalparlament des nur ca. 4.400 Quadratkilometer großen Autonomen Gebiets Berg-Karabach ein Ausscheiden aus dem Verband Aserbaidschans und den Anschluß an Armenien (mit dem es keine gemeinsame Grenze hat). Die Karabach-Armenier behaupteten, von den Behörden in Baku diskriminiert zu werden. Diese hätten das Gebiet ausgebeutet, bewußt in wirtschaftlicher, infrastruktureller, sozialer und kultureller Unterentwicklung gehalten und Aserbaidschaner angesiedelt, weshalb der Anteil der Armenier in Karabach von ca. 95% Anfang der 20er Jahre auf etwa drei Viertel 1988 abgesunken sei. In Aserbaidshan bestreitet man naturgemäß soziale und ökonomische Hintergründe bzw. Ursachen des Konflikts; er sei vielmehr von armenischen Nationalisten ausgelöst worden – "in the name of a long-standing ideology of 'lost Armenian lands'".<sup>66</sup>

Bis Ende Februar 1988 erreichten drei Wellen von aus Armenien flüchtenden Aserbaidschanern Baku und Sumgait.<sup>67</sup> Dort kam es auch Ende Februar 1988 zu ersten Pogromen an Armeniern, die offiziell 32 Tote (26 Armenier und sechs Aserbaidschaner) forderten; tatsächlich dürften es sehr viel mehr (angeblich ca. 400) gewesen sein. Die sowjetische Zentralmacht zeigte sich außerstande, ein wirkungsvolles Krisenmanagement zu gewährleisten. Im September 1989 begann Aserbaidshan mit schrittweise verschärften (und bis heute andauernden) Blockade- und Embargomaßnahmen gegen Armenien und Karabach, die dort (mit dem Höhepunkt 1992/93) zu Energie- und Versorgungskrisen führten. Gewalt und Gegengewalt um die Enklave schaukelten sich gegenseitig hoch. Am 1. Dezember 1989 dekretierte der Oberste Sowjet Armeniens eine "Wiedervereinigung" mit Karabach.

Nach dem gescheiterten Putschversuch in Moskau (19.-21. August 1991) lag die UdSSR in Agonie. Das Parlament Aserbaidschans erklärte am 30. August die Unabhängigkeit. Drei Tage später beschlossen Karabach und Vertreter des nördlich angrenzenden, mehrheitlich von Armeniern bewohnten Bezirks von Schaumjan eine Deklaration "Über die Verkündung der Republik Berg-Karabach", in der die Verfassung der UdSSR weiter gelten sollte.<sup>68</sup> Daraufhin hob das Parlament Aserbaidschans den Autonomiestatus der Enklave auf. Bei einer (von den aserbaidshanischen Einwohnern boykottierten) Volksabstimmung in Karabach am 10. Dezember 1991 wurden angeblich 99% der Stimmen für die Unabhängigkeit abgegeben, und am 6. Januar 1992 folgten eine "Erklärung über die staatliche Unabhängigkeit der Republik

---

<sup>66</sup> Erjan Kurbanov: The Armenian-Azerbaijani Conflict over Nagorno-Karabakh and Prospects for OSCE Mediation. In: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Ed.): Balancing Hegemony. The OSCE in the CIS. Centre for International Relations, Queen's University, Kingston (Ont.) 1997, S. 81.

<sup>67</sup> Vgl. Svante E. Cornell: Conflict Theory and the Nagorno Karabakh Conflict: Guidelines for a Political Solution?. Stockholm 1997, S. 7.

<sup>68</sup> Vgl. Aleksandr Manasian: Der Konflikt zwischen Aserbaidshan und der Republik Berg-Karabach im rechtlichen Kontext des Zerfalls der UdSSR. In: Raffi Kantian (Redaktion): Über einige politisch-rechtliche Aspekte des Berg-Karabach-Problems. Deutsch-Armenische Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1999, S. 31.

Berg-Karabach" und das Gesetz "Über die Grundlagen der staatlichen Unabhängigkeit der Republik Berg-Karabach".

Von Ende 1991 bis zu einem maßgeblich von Rußland vermittelten, am 12. Mai 1994 abgeschlossenen Waffenstillstand tobte ein offener Krieg um Karabach, der nach verschiedenen Angaben 15.000-40.000 Tote forderte; nach jeweils offiziellen Daten kamen mindestens 20.000 Armenier und 18.000 Aserbajdschaner ums Leben.<sup>69</sup> Beide Kombattanten bezichtigten sich gegenseitig des Völkermordes. Es kann kein Zweifel bestehen, daß beide Seiten "ethnische Säuberungen" und Massaker verübten, doch zumindest im Zeitraum 1993/94 waren "Karabakh Armenian Forces with the support of the Republic of Armenia ... responsible for the majority of abuses".<sup>70</sup> Die armenische Seite beschwerte sich bitter über den aserbajdschanischen Beschuß der Hauptstadt Stepanakert und anderer Ortschaften in Karabach, der völlig ungerechtfertigt gewesen sei. Die Kampfhandlungen fanden aber praktisch ausschließlich auf dem Territorium Aserbajdschans statt; Armenien war von ihnen unmittelbar kaum betroffen. Die Armenier saßen auch militärisch schließlich am längeren Hebel – sie brachten ein Fünftel des Territoriums Aserbajdschans (= ca. 17.000 Quadratkilometer) unter ihre Kontrolle, und dabei ist es bis heute geblieben.

Die Flüchtlingskatastrophe in Aserbajdschan übertraf noch jene im Kosovo (1998/99), ohne aber im Westen auch nur annähernd vergleichbares Interesse auszulösen. Nach verschiedenen Angaben wurden 800.000 bis 1 Mio. Menschen (darunter praktisch alle 40.000 Aserbajdschaner aus Karabach) von den Armeniern vertrieben oder flüchteten; viele von ihnen sind bis heute nur provisorisch (so in Zelten und Eisenbahnwaggons) untergebracht.<sup>71</sup> Armenien nahm 1988-1992 ca. 419.000 Flüchtlinge und Vertriebene auf, wovon 58.000 aus Karabach, 350.000 aus dem übrigen Aserbajdschan und 11.000 aus anderen Teilen der früheren UdSSR – vor allem Abchasien (Georgien), Tschetschenien (Rußland) und Tadschikistan – stammten.<sup>72</sup>

## **8.2 Die Karabach-Armee**

Armenier wie Aserbajdschaner nutzten die wirren Verhältnisse und die Paralyse (und folgende Auflösung) des Unionszentrums in Moskau gegen Ende 1991 und Anfang 1992 aus, um sich bei der zerfallenden Sowjetarmee bzw. bei abziehenden russischen Einheiten mit Waffen und anderem Kriegsgerät einzudecken. Bis heute lasten Armenien bzw. Karabach und Aserbajdschan Rußland an, der jeweils anderen Seite mehr Kriegsgerät überlassen zu haben. Es ist jedenfalls gesichert, daß das russische 366. motorisierte Schützenregiment beim Abzug

---

<sup>69</sup> Nach Tessa Hofmann: Annäherung an Armenien. München 1997, S. 152.

<sup>70</sup> Vgl. Azerbaijan. Seven Years of Conflict in Nagorno-Karabakh. Human Rights Watch/Helsinki 1994 (Klappentext).

<sup>71</sup> Vgl. Uwe Halbach: Migration, Vertreibung und Flucht im Kaukasus. Ein europäisches Problem. Berichte des BIOst, 13/1999, S. 29f.

<sup>72</sup> Nach Bericht zur Lage in Armenien (Stand: Dezember 1998). Deutsch-Armenische Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1999, S. 43.

aus Karabach im Frühjahr 1992 den Armeniern seine gesamte Ausrüstung überließ.<sup>73</sup> Nach aserbaidischen Angaben handelte es sich dabei um 25 Panzer, 115 Panzerfahrzeuge und 45 Artilleriegeschütze.<sup>74</sup> Nach Behauptung von Vasgen Sarkisjan wurde fast die Hälfte der Bestände Karabachs an Panzern, Panzerwagen und Artillerie von Aserbaidschan erbeutet.<sup>75</sup>

Auch wenn unter den Beobachtern weitgehende Einigkeit darüber besteht, daß die Erfolge der Armenier vor allem auf die militärische Schwäche des Gegners zurückgehen, stellt sich doch die Frage, wie die vergleichsweise winzige Enklave (heute 150.000-180.000 Einwohner) Aserbaidschan (1994 7,4 Mio. Einwohner) besiegen konnte. Zwar gilt die Karabach-Armee trotz ihrer Kleinheit als eine der diszipliniertesten, motiviertesten und effektivsten Streitkräfte der ganzen GUS. Es ist jedoch klar, daß Karabach ohne eine gravierende wirtschaftliche Auswirkungen zeitigende Militarisierung seiner Bevölkerung vor allem seit 1992, als alle männlichen Bürger zwischen 17 und 45 Jahren zu einem dreijährigen Militärdienst eingezogen wurden<sup>76</sup>, massive Hilfe vom Mutterland Armenien, das überwiegend für das Budget der Enklave aufkommt, und von der armenischen Diaspora sowie russische Unterstützung (siehe Kap. 8.5) kaum oder nicht überlebensfähig gewesen wäre. Die Beziehungen zwischen den Armeen Armeniens und Karabachs waren und sind naturgemäß bis heute sehr eng. Zwar hat Armenien offiziell stets bestritten, im Kriegszustand mit Aserbaidschan zu sein, doch dürften auch (vor allem ab Ende 1993) reguläre armenische Einheiten im Karabach-Krieg im Einsatz gewesen sein.<sup>77</sup> Die Armeen Armeniens und Karabachs halten bis heute gemeinsame Manöver ab. Armenien dementiert zwar, Truppen in Karabach und/oder den von ihm besetzten (nun weitgehend unbewohnten) angrenzenden Gebieten Aserbaidschans zu unterhalten, doch liegen Meldungen vor, wonach Wehrpflichtige (auch gegen ihren Willen) dorthin geschickt werden, um sie in Konfliktsituationen zu trainieren.<sup>78</sup> Der armenische Generalstabschef General Mikael Arutjunjan warnte Aserbaidschan Ende März 2000 vor einem Versuch, die Karabach-Frage militärisch zu lösen – das würden "die Armeen Armeniens und Karabachs nicht erlauben"<sup>79</sup> (Hervorhebung vom Verf.). Dies ist ein klarer Hinweis, daß Armenien auch bei einem neuerlichen Waffengang um Karabach nicht passiv zu bleiben gedenkt.

Nicht nur armenische und russische Beobachter vermuten, daß Aserbaidschan die erwarteten hohen Einnahmen aus dem Erdöllexport abwarten könnte, um seine Armee zu modernisieren bzw. aufzurüsten und dann einen neuerlichen Feldzug zu versuchen. Nach wiederholten Aus-

---

<sup>73</sup> Interview mit Kotscharjan, in: Golos Armenii, 1.2.1994.

<sup>74</sup> Chronology of the Armenia-Azerbaijani Conflict (1988-1998). Homepage des Präsidenten Aserbaidschans.

<sup>75</sup> Interview, in: Nezavisimoe voennoe obozrenie, 2/1998, S. 3.

<sup>76</sup> Jene, die eine höhere Schule besuchen, dürfen dort bis zum Abschluß bleiben. Mit 17 Jahren, im ersten Jahr in der Armee, besuchen sie eine spezielle (1992 gegründete) Militärschule, mit 18 Jahren sind sie reguläre Angehörige der Armee (nach Hratch Tchilingrian: Berg-Karabach: Die Außenpolitik im Wandel, Teil 1. In: Armenisch-Deutsche Korrespondenz, 1/1999, S. 8).

<sup>77</sup> Vgl. Azerbaijan. Seven Years of Conflict in Nagorno-Karabakh a.a.O., S. 48, 67ff.

<sup>78</sup> Nach Jane's Sentinel a.a.O., Armenia, Kap. 1.0.7.

<sup>79</sup> Zitiert nach: Armenia, Russia Wrap Up Military Exercises. Asbarez Online, 31.3.2000.

sagen Oskanjans behalten sich Armenien und Karabach für den Fall, daß sich ein solcher abzeichnen sollte, "das Recht auf einseitige Schritte vor, um negativen Resultaten vorzubeugen und die Sicherheit von Berg-Karabach und seiner Bevölkerung zu gewährleisten".<sup>80</sup> Dies läßt sich schwerlich anders denn als Anspielung auf einen armenischen Präventivschlag gegen Aserbaidschan interpretieren.

Die Angaben über die Stärke der Armee von Karabach schwanken erheblich; offizielle Zahlen gibt es aus naheliegenden Gründen nicht.

*Tabelle 2:* Armenische Truppen auf dem Territorium Aserbaidschans (1.1.1999)

Einheit	Stationierungs- orte	Panze r	Panzerfahr- zeuge	Artilleriege schütze
538. unabhängiges motorisiertes Infanterie- regiment	Agdaban	13	15	15
2. unabhängige motorisierte Infanteriebrigade	Karachanbeyli	29	23	36
83. unabhängige motorisierte Motorschützen- brigade	Dashkesan	20	27	22
Mardakert motorisierte Infanteriedivision	Mardakert	76	79	74
Askeran motorisiertes Infanterieregiment	Agdam	32	43	42
Martuni motorisiertes Infanterieregiment	Martuni	40	60	40
Gadrut motorisiertes Infanterieregiment	Gadrut	20	32	22
Stepanakert motorisiertes Infanterieregiment	Stepanakert	18	28	22
Khodjaly Trainingseinheit	Khodjaly	52	7	39
Shusha motorisiertes Infanterieregiment	Shusha	16	10	10
Summe		316	324	322

*Quelle:* Offizielle Angaben Aserbaidschans, in [www.president.az/azerbaijan/nk/conf4.htm](http://www.president.az/azerbaijan/nk/conf4.htm).

Diese Angaben legte die permanente Mission Aserbaidschans bei der OSZE Anfang März 1999 vor. Baku zufolge ist die armenische Militärpräsenz in den besetzten Gebieten Aserbaidschans gewachsen; der OSZE Anfang 1997 (also vor den Meldungen über russische Waffenlieferungen an Armenien) präsentierte Daten lauteten noch auf 253 Panzer, 278 Panzerfahrzeuge und 298 Artilleriegeschütze.<sup>81</sup>

Das IISS übernahm für 1999 die aserbaidtschanischen Angaben. Im Jahr zuvor hatte es noch mindestens 162 T-72- und 91 T-55-Panzer, 298 Panzerfahrzeuge und 298 Artilleriegeschütze genannt (Personalstärke jeweils 20.000-25.000 Mann, davon 8.000 aus Armenien).<sup>82</sup> Das US-Marineinstitut führte (für November 1998) ebenfalls 20.000-25.000 Mann und mindestens 120 Panzer (T-72 und T-55) sowie je 200 Panzerfahrzeuge und Artilleriegeschütze an.<sup>83</sup> Die Angaben von Jane's Sentinel (für 1996) liegen darunter: 17.000 Mann mit je 100 Panzern und

<sup>80</sup> Interview, in: *Nezavisimaja gazeta*, 27.3.1999, S. 5.

<sup>81</sup> Quelle: Botschaft der Republik Aserbaidschan in Wien.

<sup>82</sup> Nach *The Military Balance 1998/99*, S. 76; *The Military Balance 1999/2000*, S. 82.

<sup>83</sup> Nach *Periscope* (online) – Azerbaijan.

Artilleriegeschützen sowie 200 Panzerfahrzeugen.<sup>84</sup> Wieder andere Quellen berichten unter anderem von lediglich 50-60 T-72 sowie auf LKWs montierten Raketenwerfern, so "Grad" und SA-6.<sup>85</sup> Es gab auch übereinstimmende Meldungen über das Auftauchen des Luftabwehrsystems "Tunguska" 1994 (das in Armenien nicht vorhanden war) in Karabach.<sup>86</sup> Eine Luftwaffe besitzt Karabach nicht, doch ist offensichtlich, daß ihm auch vor dem Hintergrund der VKSE-Quoten für Armenien und Aserbaidschan – jeweils 220 Panzer, 220 Panzerfahrzeuge, 285 Artilleriegeschütze, 100 Kampfflugzeuge und 50 Kampfhubschrauber – ein beträchtliches Potential zur Verfügung steht, das keinerlei internationalen Kontrollen oder Rüstungsbeschränkungen unterliegt. Die Präsenzstärke seiner Truppen ist sehr hoch (mindestens 10% der Gesamtbevölkerung); sie werden in hoher Gefechtsbereitschaft gehalten und nehmen taktisch vorteilhafte, ausgebaute und befestigte Stellungen ein. Angeblich läßt sich Karabach sein Militär jährlich ca. 90 Mio. Dollar kosten, die in keinem offiziellen Budget aufscheinen.<sup>87</sup>

Eine Abrüstung oder gar Auflösung seiner Armee im Interesse einer Friedensregelung steht für Karabach unter keinen Umständen zur Diskussion; es fordert im Gegenteil deren offizielle internationale Anerkennung. Derzeit fühlt sich Karabach militärisch nicht gefährdet. Sein (als Hardliner bekannter) Verteidigungsminister in den Jahren 1994-1999, General Samwel Babajan, zeigte sich jedenfalls überzeugt, daß Aserbaidschan unfähig sei, die Enklave niederzuwerfen, und auch Außenministerin Naira Melkumjan meinte, daß Aserbaidschan innerhalb der nächsten zehn Jahre dazu nicht in der Lage sein werde.<sup>88</sup> Offenbar stuft man die Bedrohung durch Aserbaidschan in Karabach derzeit tatsächlich als nicht hoch ein, denn sonst würde sich seine politische und militärische Elite keine "Machtkämpfe" erlauben.

### **8.3 Das Militär und "Machtkämpfe"**

Babajan, einer der mächtigsten (und reichsten) Männer von Karabach, gehörte zu den Hauptakteuren einer Krise, die mit der Entlassung von Ministerpräsident Zhirayr Pogosjan durch Präsident Arkadij Gukasjan am 24. Juni 1999 – offiziell wegen ausbleibender Erfolge in der Wirtschaftspolitik – einen ersten Höhepunkt erreichte. Inoffizielle Meldungen bezeichneten allerdings die Entdeckung eines Abhörgeräts in den Amtsräumen Gukasjans als wahre Ursache.

Neuer Ministerpräsident wurde am 30. Juni Anushavan Danieljan, der zwar in Karabach geboren worden war, aber seine politische Karriere auf der Krim (Ukraine) machte; dort wurden ihm auch fragwürdige Praktiken bei der Abwicklung der Privatisierung vorgeworfen. Babajan, dessen enges Verhältnis zu Pogosjan bekannt gewesen war, und seine Gefolgsleute

---

<sup>84</sup> Nach Jane's Sentinel a.a.O., Nagorny-Karabakh, Kap. 2.19.9.

<sup>85</sup> Nach Paul Harris: Karabakhis preside over an uneasy truce. In: Jane's Intelligence Review, 9/1999, S. 31. Hier handelt es sich um einen klar proarmenischen Autor, der die Diskussion um russische Waffenlieferungen an Armenien (siehe Kap. 4.2) völlig ignoriert.

<sup>86</sup> Nach Nezavisimoe voennoe obozrenie, 42/1997, S. 3; Homepage des Präsidenten Aserbaidschans.

<sup>87</sup> Nach Vadim Dubnov: Zagovor. P'esa v dvuch dejstvijach. In: Novoe vremja (Moskau), 38/1999, S. 21.

<sup>88</sup> Interview, in: Armenian International Magazine, June 1999, S. 16; Independence or unity with Armenia the only options for Karabakh, minister says. Snark News Agency (online), 16.2.2000.

lehnten diese Personalentscheidung Gukasjans ab. Dann behauptete der Pressedienst Gukasjans, daß hohe Offiziere der Karabach-Armee bei einem Treffen am 6. Juli 1999 Gukasjan und nicht Babajan unterstützt hätten. Aus Protest gegen diese Meldung gaben Babajan und weitere hohe Offiziere kurz darauf ihre Auszeichnungen zurück. Ohanjan wurde am 2. August 1999 neuer Verteidigungsminister; Babajan wechselte auf den Posten eines Oberkommandierenden der Armee.

Am 14. Dezember 1999 kam es vor dem Regierungsgebäude in Stepanakert zu Handgreiflichkeiten zwischen Danieljan und Babajan. Daraufhin gab die Spitze der Karabach-Armee eine Erklärung heraus, in der sie Babajan und Gukasjan gleichermaßen für die politische Krise verantwortlich machte und beider Rücktritte forderte; Gukasjan lehnte ab. Am 16. Dezember entließ Ohanjan Babajan als Oberkommandierenden der Karabach-Armee; provisorischer Nachfolger wurde Oberst Movses Hakobjan. Er meinte im Dezember 1999, daß Babajans Demontage in der Armeeführung sehr negativ aufgenommen werde; gleichzeitig gab er aber zu verstehen, daß sich das Militär der Entscheidung der Regierung beugt. Am 7. Januar 2000 ernannte Gukasjan Ohanjan zum neuen Kommandeur der Armee.

In der Nacht zum 22. März 2000 wurde Gukasjan bei einem Anschlag in Stepanakert an den Beinen verletzt. Unmittelbar danach wurden 28 Personen, darunter Babajan und sein Bruder, der Stepanakerter Bürgermeister Karen Babajan, verhaftet. Samwel Babajans Anhänger in Karabach und Armenien bestritten, daß er mit dem Anschlag zu tun haben könnte. Anfang April hieß es allerdings aus Karabach, daß Babajan einen Plan zum Sturz der Regierung in Stepanakert zugegeben habe.

#### **8.4 Verhandlungspositionen**

In Karabach besteht angesichts der zentralen und allgegenwärtigen Bedeutung des ungelösten Konflikts im Alltagsleben der Menschen, der fortgesetzten Spannungen (an der Waffenstillstandslinie kommt es immer wieder zu Scharmützeln, für die sich Armenier und Aserbajdschaner gegenseitig verantwortlich machen) und der Möglichkeit einer jederzeitigen neuerlichen militärischen Eskalation naturgemäß ein starker ideologischer und politischer Konsens. Als seine Grundelemente gelten: Karabach hat das unbestreitbare Recht auf Selbstverteidigung; die physische Sicherheit der Bevölkerung ist zu garantieren; "vertikale" Beziehungen zu Aserbajdschan (das heißt eine Unterordnung Karabachs unter Baku) sind inakzeptabel; in den Bereichen Politik, Sicherheit und Transport sind ständige Verbindungen zu Armenien zu gewährleisten; der Konflikt betrifft nicht nur die Bevölkerung Karabachs, sondern auch das Mutterland Armenien und die Diaspora (Spjurk), das heißt damit die ganze "Dreifaltigkeit" der armenischen Nation.<sup>89</sup>

Karabach ist ein Beispiel für die Kollision zweier völkerrechtlich gleichermaßen verbriefter Prinzipien, nämlich des Selbstbestimmungsrechtes der Völker (hier der Karabach-Armenier) und der territorialen Integrität von Staaten (hier Aserbajdschans). Die armenische Seite betont naturgemäß ersteres (und leitet daraus ein Recht auf Sezession von Aserbajdschan ab), Baku

---

<sup>89</sup> Tchilingrian a.a.O., S. 7.

letzteres. Jedenfalls ist nicht zu übersehen, daß Karabach heute alle *Attribute* eines unabhängigen Staates – Gebiet, Volk, Präsident, Regierung, Parlament, Armee usw. – besitzt, auch wenn es von keinem Land der Welt (das heißt auch nicht von Armenien) anerkannt ist. De facto existieren auf dem Gebiet Aserbaidschans – ähnlich wie in Bosnien-Herzegowina – zwei voneinander weitgehend isolierte staatliche Entitäten; somit ist es den Armeniern praktisch gelungen, international anerkannte Grenzen gewaltsam zu ändern.

Baku verwehrt Karabach nach wie vor die grundsätzliche Anerkennung als Verhandlungspartner und möchte alle Fragen mit Armenien lösen, auch wenn die beiden Staaten nach wie vor keine diplomatischen Beziehungen unterhalten. Eine Variante "Land gegen Frieden" zeichnet sich nicht ab: Karabach sieht die okkupierten aserbaidchanischen Gebiete außerhalb seiner administrativen Grenzen von 1988 als "integral to the republic's security" an.<sup>90</sup> Gukasjan nannte Pläne, die Enklave in den Staatsverband Aserbaidschans zu reintegrieren, "Hirngespinnste".<sup>91</sup> Spitzenvertreter aus Karabach und Armenien betonen immer wieder, daß aus ihrer Sicht nur zwei Varianten für die Zukunft der Enklave in Frage kommen: Unabhängigkeit oder Anschluß an das Mutterland.<sup>92</sup> All das hat Baku Anlaß geliefert, der armenischen Seite Absichten zur Schaffung eines "Großarmenien" zu unterstellen.

Die 1992 zwecks Vermittlung im Karabach-Konflikt geschaffene Minsker Gruppe der KSZE bzw. OSZE schlug drei Prinzipien als Grundlage einer Lösung des Karabach-Konflikts vor:<sup>93</sup>

- territoriale Integrität Armeniens und Aserbaidschans;
- der rechtliche Status von Karabach ist "in an agreement based on self-determination which confers on Nagorno-Karabakh the highest degree of self-rule within Azerbaijan" zu definieren;
- garantierte Sicherheit für Karabach und seine Bevölkerung.

Auf dem OSZE-Gipfel in Lissabon Ende 1996 scheiterte diese Initiative jedoch, da ihr Armenien als einziges Mitgliedsland die Zustimmung versagte. Mitte 1997 präsentierte die OSZE einen neuen Vorschlag, der eine Konfliktlösung in drei Phasen postulierte. 1. Phase: Räumung von sechs Bezirken Aserbaidschans, die Karabach im Krieg besetzt hatte (lediglich der strategisch sehr wichtige Latschin-Bezirk, der Karabach und Armenien verbindet, sollte unter armenischer Kontrolle bleiben); Rückkehr der Zivilbevölkerung in die geräumten Bezirke; Wiederherstellung der wichtigsten Kommunikationsverbindungen in der Konfliktregion; 2. Phase: Klärung des Status der Bezirke Latschin und Shusha; 3. Phase: Beschluß der Grundprinzipien des Status von Karabach. Dieses sollte seine eigene Armee

---

<sup>90</sup> Nagorno Karabagh – A White Paper. The Armenian Center for National and International Studies, Yerevan 1997, S. 4.

<sup>91</sup> Zitiert nach: Respublika Armenija, 27.8.1999, S. 3.

<sup>92</sup> In den Gründungsdokumenten der GUS, der Armenien wie Aserbaidschan angehören, ist allerdings von der "Anerkennung und Achtung der territorialen Integrität eines jeden und der Unverletzlichkeit bestehender Grenzen" die Rede (Erklärung von Alma Ata über die Auflösung der Sowjetunion und die Schaffung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten [GUS], von den Teilnehmerstaaten am 21. Dezember in Alma Ata [Kasachstan] verabschiedet. In: Europa-Archiv, Folge 8/1992, D 305).

<sup>93</sup> Annex I to the Lisbon Document 1996. Adopted at the Summit of Heads of Government in Lisbon, December 1996. Statement Of The OSCE Chairman-In-Office.

behalten und selbst Außenhandel abwickeln dürfen, die Restriktionen der Finanzpolitik Aserbaidschans nicht beachten und keine Steuern an Baku abliefern müssen. Die Enklave wäre somit praktisch nur nominell ein Teil Aserbaidschans geblieben. Im Oktober 1997 bekundeten die Präsidenten Ter-Petrosjan und Alijew in einer gemeinsamen Erklärung die Bereitschaft, auf der Grundlage dieser Vorschläge zu verhandeln. Es kam zur erwähnten Regierungskrise in Armenien, die mit dem Rücktritt Ter-Petrosjans endete (siehe Kap. 3). Mitte Mai 1998 zog Jerewan seine Zustimmung zum OSZE-Vorschlag als Basis für Verhandlungen offiziell zurück.

1998 schlug die Minsker Gruppe der OSZE das Konzept eines "gemeinsamen Staates" aus Karabach und dem "übrigen" Aserbaidschan vor. Die armenische Seite stimmte – unter anderem mit dem Argument, daß damit Karabach als "Sicherheitssubjekt" und nicht als Objekt anerkannt würde – zu, aber Baku erteilte einer derartigen Konföderation eine Absage. Es ist lediglich bereit, Karabach einen hohen Grad an Autonomie mit Hymne, Flagge, Wappen und Parlament einzuräumen, versagt ihm aber ein eigenes Rechtssystem, eine eigene Armee und Außenpolitik. Das ist wiederum für Karabach gänzlich unzureichend. Die Armenier lehnen es auch prinzipiell ab, sich auf Garantien Aserbaidschans für die Sicherheit Karabachs zu verlassen. Oskanjan (der die armenische Delegation bei den Karabach-Verhandlungen seit 1994 leitet) forderte sogar ein international anerkanntes "Recht Armeniens auf Militärintervention" gegen Aserbaidschan, wenn dieses eine allfällige politische Regelung des Konflikts verletze.<sup>94</sup> Der Umstand, daß mit Kotscharjan ein ehemaliger Präsident Karabachs an der Spitze Armeniens steht, hat einen "Verrat" an der Enklave – also substantielle Zugeständnisse an Aserbaidschan – (noch) unwahrscheinlicher als unter Ter-Petrosjan gemacht. Kotscharjan und Alijew trafen 1999 mehrmals – so unter anderem auf dem NATO-Jubiläumsgipfel Ende April in Washington, Anfang Oktober erstmals an der Grenze zwischen den beiden Ländern und auf dem OSZE-Gipfel Mitte November in Istanbul – zusammen, doch ein Durchbruch stellte sich nicht ein. Die beiden Präsidenten erklärten lediglich übereinstimmend ihr Interesse an einer friedlichen Lösung des Karabach-Konflikts.

### **8.5 Die Rolle Rußlands**

Eine armenische Stimme nannte Karabach einen "wichtigen politischen Hebel" im Dienst "des umfassenden geostrategischen Interesses Rußlands im Kaukasus und gegenüber Aserbaidschans ausgeprägter prowestlicher Einstellung im allgemeinen sowie den multinationalen Anstrengungen zur Ausbeutung des Kaspischen Meeres im besonderen ... Die engen Beziehungen zwischen Rußland und der Republik Armenien schützen, verstärkt durch eine Vielzahl von wichtigen Abkommen, die Interessen Karabachs".<sup>95</sup> Letzteres war und ist immer wieder Ansatz für Kritik Aserbaidschans. Es erklärt die Intransigenz der armenischen Seite auch und gerade mit deren Gewißheit, sich auf anhaltende Unterstützung durch Rußland

---

<sup>94</sup> Oskanian a.a.O., S. 60.

<sup>95</sup> Hratch Tchilingrian: Berg-Karabach: Regionale Spieler im Karabach-Konflikt, Teil 2. In: Armenisch-Deutsche Korrespondenz, 2/1999, S. 2.

verlassen zu können. Aus der Sicht Bakus sind die Karabach-Armenier auch ein Instrument Moskaus, um Aserbaidschan für eine (angeblich) prowestliche Politik zu "bestrafen" und in seinen Einflußbereich zurückzuholen (bzw. dort zu halten), was eine Stationierung von russischen Grenztruppen an der "Außengrenze der GUS" (das heißt zum Iran) und die Wiederherstellung von russischen Militärbasen impliziert.<sup>96</sup>

Russische Söldner bzw. "Freiwillige" gab es auf beiden Seiten der Karabach-Front, wenngleich sie aus "orthodoxer Solidarität" den Armeniern zuneigten. Russische Militärberater sollen zumindest 1992 und Anfang 1993 Karabach-Kämpfer trainiert haben, und es gibt zahlreiche Hinweise, daß russische Soldaten bei mehreren erfolgreichen Militäroperationen der Karabach-Armenier in der ersten Jahreshälfte 1992 eine Rolle spielten – so beim Fall des nahe Stepanakert gelegenen Khodzjaly (wo nach widersprüchlichen aserbaidshanischen Angaben zwischen 181 und über 1.000 Zivilisten ermordet wurden) im Februar sowie bei der Eroberung von Shusha (der wichtigsten von Aserbaidschanern bewohnten Stadt in Karabach) und des Latschin-Korridors (beides im Mai). Angeblich planten Offiziere der russischen Streitkräfte die Militäroperationen Karabachs mit, und während des Krieges sollen auch Panzer der Karabach-Armee in der vom russischen Militärkontingent in Georgien kontrollierten 142. Panzerreparaturfabrik in der Hauptstadt Tiflis repariert worden sein. Zudem kommen immer wieder Karabach-Armenier in die russische Militärbasis im georgischen Achalkalaki, um sich Waffen zu beschaffen.<sup>97</sup>

Wie in anderen Konflikten in der GUS (Dnjestr-Gebiet, Südossetien, Abchasien, Tadschikistan) beanspruchte Rußland auch bei den Karabach-Verhandlungen insofern eine Sonderrolle (auch in bzw. gegenüber der OSZE), als es sich als "Schiedsrichter" zwischen den jeweiligen Streitparteien betrachtete. Dabei ließ es sich allerdings weniger vom Ziel einer möglichst allgemein akzeptierten Friedensordnung denn von seinen eigenen Interessen leiten, denen ein stabiles und gefestigtes Aserbaidschan in gesicherten Grenzen nicht unbedingt entgegenkommt.<sup>98</sup> Allerdings warf Moskau seinerseits den westlichen Teilnehmerländern der Minsker Gruppe vor, weniger von der Notwendigkeit einer Konfliktlösung in Karabach als von der "Angst" auszugehen, daß ein Erfolg der Vermittlungsbemühungen Rußlands dessen Positionen im Südkaukasus stärken könnte.<sup>99</sup> Jedenfalls drängte Moskau Baku, eine Stationierung von russischen Friedenstruppen in der Krisenregion zuzulassen. Die Führung

---

<sup>96</sup> Vgl. Svante E. Cornell: Turkey and the Conflict in Nagorno Karabakh: A Delicate Balance. In: Middle Eastern Studies, 1/1998, S. 58.

<sup>97</sup> Nach William E. Odom/Robert Dujarric: Commonwealth or Empire? Russia, Central Asia, and Transcaucasus. Indianapolis 1995, S. 78; Rajan Menon: After Empire: Russia and the Southern "Near Abroad". In: Michael Mandelbaum (Ed.): The New Russian Foreign Policy. New York 1998, S. 129; Richard F. Staar: The New Military in Russia. Ten Myths That Shape the Image. Annapolis 1996, S. 126; David Darchiashvili: The Army and Society in Djavakheti. In: The Army and Society in Georgia, May 1998, S. 2; Irakli Aladashvili: Russian Military Bases in South Caucasus. In: The Army and Society in Georgia, October 1999, S. 2.

<sup>98</sup> Vgl. Uwe Halbach: Moskaus Südpolitik. Rußland und der Westen im Kaspischen Raum. Berichte des BIOst 30/1999, S. 15.

<sup>99</sup> Vgl. Vladimir Kazimirov: Nagorno-Karabakh: Five Years after the Cease-Fire. In: International Affairs (Moscow), 4/1999, S. 104.

Aserbajdschans unter dem damals neuen Präsidenten Alijew, die ursprünglich (unter anderem wegen der Rückkehr des Landes in die GUS und des Beitritts zum GUS-Vertrag über kollektive Sicherheit [vgl. Kap. 7.] im September 1993) als prorussisch galt, lehnte jedoch ab. Offenbar befürchtete Baku angesichts der Erfahrungen in Moldowa, Georgien und Tadschikistan, daß ein russisches Kontingent für unabsehbare Zeit bleiben und die armenischen Geländegewinne direkt oder indirekt absichern könnte. Daraufhin versuchte Moskau, auf andere Weise Druck auf Aserbajdschan auszuüben: Ende Oktober 1993 wurde eine neue Offensive der Karabach-Armenier eingeleitet. "Während sowohl der Iran und die Türkei als auch der UN-Sicherheitsrat diese Angriffe verurteilten, schwieg Rußland dazu"<sup>100</sup> – und versuchte weiterhin, eine von ihm dominierte Friedenstruppe in Karabach zu etablieren. Am 16. Mai 1994, also wenige Tage nach dem Waffenstillstand zwischen Karabach und Aserbajdschan, präsentierte der russische Verteidigungsminister Gratschow einen Plan, der eine "GUS-Friedenstruppe" von 1.800 Mann (vor allem Russen) unter dem Kommando eines ersten stellvertretenden russischen Verteidigungsministers postulierte. Ein weiterer Vorschlag Moskaus sah vor, daß russische Soldaten 60-90% eines 3.000-6.000 Mann starken Kontingents ausmachen sollen, das nach einer politischen Lösung zu stationieren wäre. Das wurde ebensowenig umgesetzt wie eine Entscheidung des OSZE-Gipfels in Budapest Ende 1994, eine 3.000 Mann starke Friedenstruppe (wobei kein Land mehr als 30% stellen sollte) zu stationieren.<sup>101</sup> Dennoch hält der Waffenstillstand zwischen Karabach und Aserbajdschan.

Der Karabach-Konflikt ist auch vor dem Hintergrund von Erschließung und Abtransport von im Kaspischen Meer zu förderndem aserbajdschanischem Erdöl bedeutend. Moskau wollte davon westliche Firmen möglichst fernhalten und bestand unter Ausnutzung des nach dem Zerfall der UdSSR nicht völlig geklärten internationalen Status des Kaspischen Meeres auf einer "gemeinsamen Ausbeutung" seiner Ressourcen, das heißt in der Praxis auf seinem Veto-recht an den Öl- und Gasprojekten Aserbajdschans, Kasachstans und Turkmenistans. Zudem wollte Rußland das aserbajdschanische Öl unbedingt über sein Territorium von Baku nach Noworossijsk ans Schwarze Meer leiten, was sowohl Aserbajdschan als auch seine Kunden in eine Abhängigkeit von Moskau brächte. Um eine Berücksichtigung seiner Interessen zu erreichen, griff es zu Druck und Drohungen gegen Baku.<sup>102</sup> Es wurde vermutet, daß dazu (wie

---

<sup>100</sup> Anna Kreikemeyer/Andrej V. Zagorskij: Rußlands Politik in bewaffneten Konflikten in der GUS. Zwischen Alleingang und kooperativem Engagement. Baden-Baden 1997, S. 96.

<sup>101</sup> Vgl. dazu Michael Mihalka: Nagorno-Karabakh and Russian Peacekeeping: Prospects for a Second Dayton. In: *International Peacekeeping*, 3/1996, S. 16-32, v.a. 17-20; Roy Allison: *Peacekeeping in the Soviet Successor States*. Institute for Security Studies, Western European Union. Paris – November 1994, Chaillot Paper 18, S. 26f; Dimitry Furman/Carl Johan Asenius: *The Case of Nagorno-Karabakh*. In: Lena Jonson/Clive Archer (Ed.): *Peacekeeping and the Role of Russia in Eurasia*. Boulder/Oxford 1996, S.139ff.

<sup>102</sup> Vgl. dazu genauer Martin Malek: *Die europäische Dimension der Sicherheitspolitik Rußlands. Grundlagen – aktuelle Entwicklungen – Perspektiven*. Wien 1997, S. 43-45. Es ist unklar, inwieweit Moskau in den Sturz des – nicht zuletzt wegen der militärischen Niederlagen in Karabach – im Juni 1992 gewählten nationaldemokratischen und protürkischen Präsidenten Abulfaz Elcibey verwickelt war. Jedenfalls versorgte das im Frühjahr 1993 aus Gjandzha abziehende 104. Luftlanderegiment der russischen Streitkräfte die Truppen des Putschisten Oberst Suret Gusejnow mit Waffen (vgl. dazu Henrik Bischof: *Der Karabach-Konflikt – Moskaus Hand in Transkaukasien*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Außenpolitikforschung. Studie zur Außenpolitik Nr. 67, Bonn, März 1995, S. 17).

bereits anlässlich der Weigerung Aserbaidschans, rein russische Friedenstruppen stationieren zu lassen) auch Karabach aktiv herangezogen wurde: Dieses habe den militärischen Druck auf Aserbaidschan "mit entsprechender Unterstützung Rußlands" immer dann verschärft, wenn die Verhandlungen mit den westlichen Partnern über Ausbeutung und Abtransport des Erdöls kurz vor dem Abschluß standen.<sup>103</sup>

## 9. Die Rolle der Türkei

Das Verhältnis zwischen Armenien und der Türkei ist nach wie vor von dem – von Ankara bis heute nicht anerkannten – Völkermord im Osmanischen Reich von 1915/16 überschattet, dem nach verschiedenen Angaben zwischen 600.000 und 1,5 Mio. Armenier zum Opfer gefallen sind. Er ist ein die armenische Gesellschaft nach wie vor maßgeblich prägendes Motiv, ohne dessen Berücksichtigung die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes nicht vollständig nachvollzogen werden kann. Die Angst vor einer Wiederholung der damaligen Ereignisse hat die Entschlossenheit der Karabach-Armenier beim Kampf gegen Aserbaidschan zweifellos gespeist.

Auf dem Höhepunkt des Karabach-Krieges, als Aserbaidschan besonders schwere Niederlagen hinnehmen mußte, verlegte Ankara Truppen an die Grenze zu Armenien und stellte die Möglichkeit einer Militärintervention in den Raum. Eine solche hätte allerdings Rußland auf den Plan gerufen und einen Zusammenstoß mit diesem wahrscheinlich gemacht, so daß die Ernsthaftigkeit der türkischen Drohungen von vornherein in Frage stand. Nachdem die Armenier im April 1993 die aserbaidschanische Provinz von Kelbadjar besetzt hatten, blockierte die Türkei jeden Transit nach Armenien über sein Territorium und seinen Luftraum. Ankara hatte bis kurz nach dem Machtwechsel in Baku Mitte 1993 (vgl. Anm. 102) ca. 1.600 Militärberater in Aserbaidschan und lieferte ihm auch Waffen. Die armenische Seite ließ sich von all dem allerdings ebensowenig beeindrucken wie von den wiederholten Forderungen Ankaras an Jerewan, die Hilfe an Karabach einzustellen und dieses zur Achtung der territorialen Integrität Aserbaidschans anzuhalten. Insgesamt ist es der Türkei offenbar nicht gelungen, zu einer Abwendung der aserbaidschanischen Niederlage gegen Karabach beizutragen. Baku hat Ankara offiziell nie um eine Intervention gebeten.

Ter-Petrosjan hatte eine Entkrampfung des Verhältnisses zur Türkei versucht, war damit aber in Armenien selbst und in der Diaspora vielfach auf skeptische bis ablehnende Reaktionen gestoßen. Es gibt nach wie vor keine diplomatischen Beziehungen; Ankara lehnt solche bis zu einer Lösung des Karabach-Konflikts ab. Es hat zudem Armenien zeitweise beschuldigt, Basen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) auf seinem Territorium zu dulden bzw. diese mit Waffen zu versorgen. Eine Versöhnung zwischen Armeniern und Türken dürfte jedenfalls eine Angelegenheit der fernerer Zukunft sein.

---

<sup>103</sup> Rainer Freitag-Wirminghaus: Südkaukasien und die Erdöl-Problematik am Kaspischen Meer. In: Gerhard Mangott (Hg.): Brennpunkt Südkaukasus. Aufbruch trotz Krieg, Vertreibung und Willkürherrschaft?. Laxenburger internationale Studien Bd. 114. Wien 1999, S. 263.

## 10. Die Rolle des Iran

Im Iran lebt eine nationale Minderheit von (nach verschiedenen Angaben) 8- 20 Mio. Aserbajdschanern. Daraus hat die Führung in Teheran aber nie eine Notwendigkeit für bevorzugte Beziehungen zu Aserbajdschan abgeleitet. Im Gegenteil unterhält die "pragmatische" Außenpolitik der Islamischen Republik Iran zu Armenien, dem ältesten christlichen Staat der Welt, weit bessere und engere Kontakte als zum schiitischen (wenngleich klar laizistischen) Aserbajdschan. Es wurde sogar behauptet, Teheran sei daran gelegen, "to support Armenia to keep Azerbaijan weak".<sup>104</sup> Oft ist von einer "Achse" (oder auch einem Dreieck) Moskau – Jerewan (und Karabach) – Teheran die Rede. Sie beruht auf einer weitgehenden Kongruenz von Interessen im Kaukasus und im Kaspischen Becken, die diese Länder als der Politik der Türkei und des Westens (und vor allem der USA) als quasi "naturegegeben" entgegengesetzt definieren. Rußland, der Iran (einer der wichtigsten Kunden der russischen Rüstungs- und Atomindustrie) und Armenien/Karabach halten Aserbajdschan gleichermaßen für einen potentiellen oder bereits manifesten "Vorposten" des Westens, dessen wirtschaftlichen, politischen und natürlich militärischen Einfluß sie möglichst von der Region fernhalten wollen. Dies gelingt allerdings nicht im von ihnen selbst erwünschten bzw. angestrebten Ausmaß, was sich vor allem bei der federführenden Teilnahme westlicher Konzerne an der Erschließung und dem Transport des aserbajdschanischen Erdöls zeigt. Der Iran ist einer der wichtigsten Handelspartner Armeniens und auch in Karabach wirtschaftlich engagiert. Dieser Umstand verärgert Aserbajdschan, da damit seine Blockade zumindest teilweise unterlaufen wird. Zudem warf Baku Teheran vor, sein Territorium für russische Waffenlieferungen an Armenien zur Verfügung gestellt zu haben. Karabach möchte den Iran in die Verhandlungen zur Erreichung einer Friedenslösung einbeziehen – offenkundig, weil es sich davon eine Stärkung seiner Position erhofft.

## 11. Ein Militärbündnis Armenien – Iran – Griechenland?

Jener NATO-Staat, mit dem Armenien unter anderem im PfP-Kontext die engsten und vor allem auf gemeinsame Abneigung gegen die Türkei beruhenden Beziehungen unterhält, ist Griechenland, das in vielen Fragen – so auch beim militärischen Vorgehen der NATO gegen Jugoslawien März bis Juni 1999 (Operation "Allied Force") – eine Sonderposition einnimmt. Es gehörte zu den ersten Ländern, die einen Militärattaché in das postsowjetische Armenien entsandten, und hat den Aufbau der armenischen Streitkräfte seit 1992 unterstützt.<sup>105</sup> Jerewan und Athen haben Mitte 1996 ein militärisches Kooperationsabkommen abgeschlossen, das Armenien aber nicht als Verteidigungspakt interpretiert wissen will. Es sieht den Austausch von Informationen und Einschätzungen im Verteidigungs- und Bewaffnungssektor sowie Ausbildung von Militärpersonal vor. Mitte Oktober 1999 folgte ein weiterer armenisch-griechischer Militärvertrag, der die Bereiche Rüstung, Forschung, Ausbildung und Information

---

<sup>104</sup> Jane's Sentinel a.a.O., Armenia, Kap. 1.8.12.

<sup>105</sup> Vgl. Greece Announces Pending Defense Pact with Iran and Armenia. Stratfor (online) – Global Intelligence Update, 1.7.1999.

abdeckt. Der griechische Verteidigungsminister Akis Tsohatzopoulos ließ keinen Zweifel an der Stoßrichtung dieses Dokuments: Die griechisch-armenische Kooperation sei nötig, weil beide Staaten "in Berg-Karabach und Zypern bedroht werden".<sup>106</sup>

Ende Juni 1999 sorgten Meldungen über den angeblich bevorstehenden Abschluß eines Militärbündnisses zwischen Armenien, dem Iran und Griechenland vor allem in der Türkei und in Aserbaidschan für Aufsehen. Ein solches trilaterales Bündnis käme Rußland und seinen Initiativen auf dem Balkan, im Kaukasus und in den angrenzenden Regionen entgegen, während die NATO und deren Führungsmacht USA (die nach wie vor keine institutionalisierten Beziehungen zum Iran unterhalten) davon wohl weniger angetan wären. Armenien dementierte aber offiziell, in ein Militärbündnis mit dem Iran und Griechenland eintreten zu wollen, und verlautbarte, daß sich die Zusammenarbeit der drei Staaten nach wie vor auf den wirtschaftlichen Bereich beschränken solle.

## 12. Armenien und die NATO

Armenien gehört dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat/EAPC (wie auch zuvor dem Nordatlantischen Kooperationsrat/NACC) und der PfP an, deren "Framework Document" Außenminister Vahan Papasjan am 5. Oktober 1994 in Brüssel unterzeichnete. In diesem Rahmen sollen sich auch die weiteren Beziehungen Armeniens zur NATO entwickeln.<sup>107</sup> Oskanjan meinte, daß die Teilnahme Armeniens am kollektiven Sicherheitssystem der GUS einer "effektiven Zusammenarbeit" mit der NATO im Rahmen der PfP nicht entgegenstehe. Jerewan lehnte die NATO-Osterweiterung lange Zeit ab – unter anderem unter direkter Berufung auf die Position Rußlands, dessen Besorgnis "durchaus berechtigt" sei.<sup>108</sup> Im März 2000 sagte Oskanjan, daß Armenien der NATO-Osterweiterung "in jenem Ausmaß positiv gegenübersteht, in dem es die freie Wahl dieses oder jenes Staates widerspiegelt".<sup>109</sup> Dies ist mit der russischen Einstellung klar nicht mehr kompatibel. Oskanjan sagte das allerdings in einem Interview mit einer lettischen Zeitung und dem Baltic News Service, und die baltischen Länder streben bekanntlich in die NATO.

Jerewan sucht im Unterschied zu Aserbaidschan und Georgien keine weitere politische Annäherung an die Allianz. Eine armenische Delegation, die Anfang März 2000 das NATO-Hauptquartier in Brüssel besuchte, gewann den Eindruck, daß der Wunsch der anderen beiden südkaukasischen Staaten nach Beitritt zum Bündnis "offensichtlich einseitiger Natur" sei; manchen NATO-Militärs sei darüber überhaupt nichts bekannt gewesen.<sup>110</sup>

Der Sprecher des Außenministeriums Armeniens, Ara Papjan, merkte im März 2000 an, daß die Verbindungen seines Landes zur NATO von allen früheren Sowjetrepubliken die

---

<sup>106</sup> Zitiert nach: NZZ 19.10.1999, S. 5.

<sup>107</sup> Vgl. das Interview mit Kotscharjan, in: Moskovskie Novosti, 28/1999, S. 9.

<sup>108</sup> So Außenminister Alexander Arzumanjan anlässlich eines Besuches von Solana in Jerewan im Februar 1997; zitiert nach: Segodnja, 14.2.1997, S. 4.

<sup>109</sup> Zitiert nach: Nezavisimaja gazeta, 21.3.2000, S. 5.

<sup>110</sup> NATO Surprised By Azeri, Georgian Desire To Join. Asbarez Online 15.3.2000.

schwächsten sind. Die grundsätzliche Reserviertheit gegenüber der NATO erklärt sich jedoch nicht nur aus der politischen Nähe zu Rußland bzw. der Präsenz seiner Medien (und vor allem natürlich des Fernsehens) in Armenien, sondern mindestens ebenso sehr aus dem Umstand, daß die Türkei der Allianz angehört. Zudem trägt der Westen, dessen wichtigste Staaten eben in der NATO organisiert sind, in den Augen vieler Armenier bis heute eine kollektive Verantwortung für seine Passivität angesichts des Völkermordes von 1915/16.

Nach einem Treffen mit Kotscharjan in Jerewan im Oktober 1998 kündigte NATO-Generalsekretär Javier Solana eine Initiative für militärisches Training und bilaterale Koordination mit den armenischen Streitkräften an.<sup>111</sup> Armenien arbeitet mit der NATO in Fragen der zivilen Notfallplanung und im Rahmen des Wissenschaftsprogramms der Allianz zusammen. Ein von ihr finanziell unterstütztes Projekt zielt darauf ab, die Informationssysteme der seismologischen Institute im erdbebengefährdeten Armenien mit den entsprechenden Instanzen in Griechenland, Italien und Großbritannien zu verbinden.<sup>112</sup> Zudem konnte Armenien bis März 2000 80 Stipendien aus dem Wissenschaftsprogramm erhalten.

Aserbaidschan hat sich angesichts der engen armenisch-russischen Zusammenarbeit auch in den Bereichen Militär und Sicherheitspolitik verstärkt dem Westen – und vor allem den USA und der NATO – zugewandt. So schlug der damalige außenpolitische Berater des Präsidenten Alijew, Vafa Guluzade, Anfang 1999 eine Verlegung der US-Militärbasis im türkischen Incirlik auf die Apscheron-Halbinsel nahe Baku vor. Alijew selbst relativierte dieses Angebot dann, doch zeigten ohnedies weder Washington noch Brüssel Interesse. Ein Pentagon-Sprecher meinte, daß die USA keine Truppenstationierung im Südkaukasus planen – auch nicht zum Schutz von Erdölpipelines.<sup>113</sup> Dafür handelte sich Guluzade gereizte Kommentare und Warnungen aus Rußland, Karabach und dem Iran ein.

Bei einem Treffen mit Kotscharjan in Brüssel im Juni 1999 stellte Solana klar, daß das Bündnis – entgegen den Wünschen bzw. Hoffnungen Aserbaidschans (und Befürchtungen Rußlands und Armeniens) – keinerlei Absicht hat, im Karabach-Konflikt tätig zu werden; man wolle die Vermittlung der OSZE überlassen. Dennoch unterstellen zahlreiche Stimmen in Politik, Presse und Wissenschaft in Rußland und Armenien der NATO, im Kaukasus militärisch aktiv werden zu wollen bzw. es bereits zu sein. So heißt es immer wieder, daß ein Beitritt Aserbaidschans (und Georgiens) zur NATO möglich oder sogar wahrscheinlich, wenn nicht in der Allianz schon praktisch beschlossene Sache sei – auch wenn tatsächlich

---

<sup>111</sup> Nach Jane's Sentinel a.a.O., Armenia, Kap. 1.8.13.

<sup>112</sup> Nach Pol De Witte: Die Förderung von Stabilität und Sicherheit im südlichen Kaukasus. In: NATO Brief, Frühjahr 1999, S. 15.

<sup>113</sup> Nach Raffi Kantian: Die NATO in Aserbaidschan. In: Armenisch-Deutsche Korrespondenz, 1/1999, S. 18. Armenien hat – vor allem unter Hinweis auf weit geringere Kosten – vorgeschlagen, eine Ölpipeline über sein Gebiet zu bauen. Damit hätte sich Aserbaidschan beim Ölexport allerdings von seinem Erzfeind abhängig gemacht, und daher hatte diese Variante stets nur geringe Chancen auf Verwirklichung. Am Rand des OSZE-Gipfels in Istanbul im November 1999 unterzeichneten die Präsidenten der beteiligten Staaten sowie der USA Verträge, die den Bau einer Ölpipeline von Baku über Tiflis zum türkischen Mittelmeerhaften Ceyhan vorsehen.

überhaupt nichts darauf hinweist.<sup>114</sup> Insgesamt ist unübersehbar, daß sich Aserbaidshan auf keine Großmacht stützen kann, während hinter Armenien Rußland steht.

### 13. Sonstige Militärkooperationen

Armenien und das eng mit Rußland verbündete Belarus unterzeichneten am Rande des Treffens der GUS-Verteidigungsminister in Jerewan am 20. Mai 1999 ein fünf Jahre gültiges Übereinkommen über militärische und militär-technische Kooperation, der unter anderem folgende Punkte enthält: gemeinsames Kampftraining; gemeinsame Ausbildung von Militärpersonal; militärische Hilfeleistung einer Seite an die jeweils andere im Falle einer Bedrohung ihrer Sicherheit; Kooperation bei Herstellung und Reparatur von Waffen und militärischer Ausrüstung. Schon zuvor waren aber armenische Offiziere in der Belorussischen Militärakademie ausgebildet worden.

Im Sommer 1999 schlossen Armenien und Rumänien ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit ab. Die USA haben das armenische Militär in bescheidenem Umfang – so mit je 300.000 Dollar 1996 und 1997 – direkt unterstützt, und einige Offiziere wurden auch zur Ausbildung in die USA geschickt. Es darf aber in diesem Kontext nicht unerwähnt bleiben, daß Armenien (pro Kopf der Bevölkerung gerechnet) zu den größten Empfängern von US-Hilfe gehört. So sah die Foreign Operations Appropriations Bill im Fiskaljahr 2000 schließlich 102,4 Mio. Dollar für Jerewan vor, und für das Fiskaljahr 2001 sind 75 Mio. Dollar vorgesehen.<sup>115</sup> Es fällt auf, daß Washington die russische Militärpräsenz in Armenien nicht kritisiert.

### 14. Die EU als sicherheitspolitischer Faktor im Kaukasus?

Chatschatrjan wünscht sich eine Aufnahme der Türkei in die EU, weil Armenien dann mit dieser eine gemeinsame Grenze hätte; allerdings sollte die EU schon vorher Druck auf Ankara

---

<sup>114</sup> Die tatsächlichen westlichen Aktivitäten mit militärpolitischer Relevanz an der südlichen Peripherie der GUS, das heißt im Kaukasus und in Mittelasien, konzentrieren sich auf die PfP. Die generelle Behauptung, daß dadurch die Kontakte der dortigen Staaten zur russischen Armee geschwächt wurden (so Neil McFarlane: *Western Engagement in the Caucasus and Central Asia*. The Royal Institute of International Affairs. London 1999, S. 53), ist zumindest fraglich. Bei Armenien trifft dies jedenfalls sicherlich nicht zu.

<sup>115</sup> Ein vom US-Kongreß 1992 auf Initiative von Diaspora-Armeniern verabschiedeter Gesetzeszusatz (Section 907) zum Freedom Support Act verbietet amerikanische Hilfe (mit der Ausnahme von humanitären Lieferungen und Initiativen zur Unterstützung der Demokratie) an Baku bis zum Ende seiner Blockade gegen Armenien und Karabach. Damit wurde Aserbaidshan de facto zum Aggressor gestempelt, obwohl die Kampfhandlungen praktisch ausschließlich auf seinem Territorium stattfanden. Auch 1999 ist es trotz der Bemühungen vor allem Alijews und der US-Öllobby nicht zu einer Aufhebung von Section 907 gekommen. Zudem beschloß der Kongreß, Karabach – konkret den dort wohnenden Opfern des Konflikts mit Aserbaidshan – für das Jahr 2000 20 Mio. Dollar zukommen zu lassen; die von dort vertriebenen bzw. geflüchteten Aserbaidshanner gingen somit leer aus. Diese Akzente der US-Kaukasuspolitik wurden von der armenischen Seite naturgemäß mit Genugtuung aufgenommen, während sie in Aserbaidshan auf Unverständnis stießen (vgl. *Nezavisimaja gazeta*, 3.8.1999, S. 5; Rainer Freitag-Wirringhaus: *Politische Konstellationen im Südkaukasus*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B 42/99, 15. Oktober 1999, S. 29).

ausüben, so daß dieses die Blockade gegen Armenien aufhebt.<sup>116</sup> Kotscharjan meinte, daß Armenien zu Europa gehöre, weil es seine Werte teile; die EU möge irgendwann auch Kaukasusländer als Aufnahmekandidaten akzeptieren.<sup>117</sup> Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit Jerewan am Fernziel eines Beitritts zur EU festhalten will bzw. kann, wenn diese durch die für das Jahr 2000 geplante Verschmelzung mit der WEU Züge eines Militärbündnisses annimmt.<sup>118</sup>

Kotscharjan möchte die EU auch in einen "Stabilitätspakt für den Kaukasus" einbeziehen, den er Ende März 2000 in Georgien vorschlug. Nach der Formel "3 + 3 + 2" sollen die drei Staaten des Südkaukasus, die Nachbarn Rußland, Türkei und Iran, die USA sowie eben die EU und damit nach Kotscharjans Meinung alle in der Region einflußreichen Mächte berücksichtigt werden. Die Kaukasusregion könne aber nicht umhin, den "fundamentalen Interessen Rußlands" Rechnung zu tragen.<sup>119</sup> Auch deswegen schloß Kotscharjan einen Beitritt zur GUUAM aus, da diese mit Georgien, der Ukraine, Aserbaidschan, Moldowa und Usbekistan unübersehbar jene GUS-Mitglieder vereinigt, die der von Moskau forcierten "Integration" in der GUS unter seiner Anleitung und Führung skeptisch gegenüberstehen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Politik und Presse Rußlands der GUUAM vorwerfen, Rußland aus der GUS "verdrängen" zu wollen, "antirussisch" und prowestlich zu sein, der NATO in die Hände zu spielen usw.

## 15. Zusammenfassung und Perspektiven

Armeniens wirtschaftliche und soziale Probleme, die zu einer Massenauswanderung (vor allem nach Rußland) geführt haben, stellen derzeit für seine Führung wohl eine größere Herausforderung dar als äußere Bedrohungen. Dank des Bündnisses mit Moskau kann sich Armenien in der überschaubaren Zukunft relativ sicher fühlen. Dennoch versucht es, im Rahmen seiner Möglichkeiten die eigenen Streitkräfte weiter zu stärken. So meinte Präsident Kotscharjan: "Wir haben kein Recht, Schritte zu ergreifen, welche zu einer Schwächung der Kampffähigkeit führen können. Wir haben in der Region keine Aussichten ohne die effizienteste und disziplinierteste Armee."<sup>120</sup>

Armenien ist zwar ein Binnenland von bescheidener territorialer Ausdehnung, liegt aber in einer geopolitisch sensiblen Region, wo sich Interessen vor allem Rußlands, des Iran, der Türkei und der USA überschneiden. Drei von diesen vier Ländern, deren Beziehungen untereinander problematisch bis gespannt sind, stehen Armenien positiv gegenüber bzw. sind

---

<sup>116</sup> Gespräch des Autors mit Chatschatrjan, 1.9.1999 in Jerewan.

<sup>117</sup> Nach EU Declaration with Armenia, Azerbaijan and Georgia. European Report, 26.6.1999, S. 2.

<sup>118</sup> Armenien, Aserbaidschan und Georgien haben 1996 Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der EU unterzeichnet, die weder Beitrittsperspektiven noch sicherheitspolitisch relevante Maßnahmen enthalten und am 1. Juli 1999 in Kraft traten. Zur Rolle der EU im Kaukasus vgl. Reinhart Rummel/Claude Zullo (eds.): Rethinking European Union Relations with the Caucasus. Baden-Baden 1999.

<sup>119</sup> Zitiert nach: Armenian President Proposes Linking U.S. And EU To Caucasus Security. Armenian News Network/Groong (online), 30.5.2000.

<sup>120</sup> Zitiert nach: Kocharian Addresses Recent Army Concerns. Asbarez Online, 16.3.2000.

mit ihm verbündet. Eine russische Zeitung beschrieb dieses Paradoxon wie folgt: "Armenien ist das einzige Land, das Waffen aus Rußland und Geld aus Amerika erhält und mit dem Iran zusammenarbeitet."<sup>121</sup> Lediglich mit der Türkei sind die Beziehungen nach wie vor kühl. Das mit Armenien verfeindete Aserbaidshan leidet dagegen unter anhaltender innerer Instabilität, ist zu 20% armenisch besetzt und hat mit drei seiner vier Nachbarstaaten mehr oder weniger große Probleme; nur zum weitgehend einflußlosen Georgien bestehen (auch im Rahmen der GUUAM) gute Beziehungen. Längerfristig ist aber eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zuungunsten Armeniens möglich, wenn nicht wahrscheinlich: Aserbaidshan erwartet sich aus der Erdölförderung erhebliche finanzielle Mittel, die auch in Aufrüstung investiert werden können. Daraus muß allerdings nicht zwangsläufig ein neuer Krieg um Karabach resultieren, auch wenn es in Aserbaidshan nicht an Stimmen fehlt, die für den Fall der fortgesetzten Erfolglosigkeit der Verhandlungen eine gewaltsame Rückgewinnung der Enklave fordern: Eine stärkere militärische Position Bakus könnte die armenische Seite geneigter gegenüber Kompromißvorschlägen der OSZE machen, die ein Verbleiben Karabachs im Staatsverband Aserbaidshans unter der Bedingung einer weitreichenden Autonomie bezwecken. Dies wäre auch deswegen im überregionalen Interesse, da eine "offizielles" Herausbrechen Karabachs aus Aserbaidshan einen Präzedenzfall schaffen würde, auf den sich andere Separatisten nicht nur in der GUS oder auf dem Balkan berufen könnten. Eine dauerhafte und tragfähige Friedenslösung (das heißt nicht nur eine Fortschreibung des derzeitigen Status quo) ist ohne Engagement der internationalen Gemeinschaft in Gestalt der Stationierung von Beobachtern und Friedenstruppen beispielsweise mit OSZE-Mandat, welche die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Aufflammens der Kampfhandlungen weiter reduzieren und eine Rückkehr der Flüchtlinge in die derzeit armenisch kontrollierten Gebiete Aserbaidshans ermöglichen sollen, nur schwer vorstellbar. Selbst bei einer friedlichen Regelung des Karabach-Konfliktes gibt es allerdings keinen Zweifel, daß der ganze Südkaukasus noch lange ein – wenngleich in der Weltpresse unterschätztes – Krisengebiet bleiben wird.

---

<sup>121</sup> Nezavisimaja gazeta, 18.12.1999, S. 5.



**Martin Malek**

## **Factors Determining Armenian Security Policy**

Bericht des BIOst Nr. 11/2000

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

The current report analyses the most important internal and external factors influencing Armenian security policy. Since the end of the military conflict between Armenia and Azerbaijan over Nagorno-Karabakh in May 1994, Armenia has received little attention in the Western media, even though the conflict – which has been acute for twelve years now – is far from being finally resolved and has overshadowed Armenia's development since 1988. An economic blockade imposed by Azerbaijan both on Nagorno-Karabakh – the militarily successful Armenian enclave on its territory – and on the motherland Armenia, with the aim of forcing Armenia to give up its support for Karabakh, has had disastrous effects on the Armenian economy. However, despite the temporary collapse of the economy through de-industrialisation, an energy and supply crisis and demographic shifts, Armenia has refused to yield.

#### *Findings*

1. Owing to Armenia's isolated geographical position and continuing tension in the southern Caucasus, the armed forces have come to play a prominent political and social role in Armenia. This is particularly evident in the current serious political crisis, which was sparked off by the attack on the Armenian parliament on 27 October 1999. The roughly 60,000-strong armed forces are superior to the armies of both of Armenia's neighbours in the southern Caucasus – Azerbaijan and Georgia – not least thanks to deliveries of Russian arms to the tune of 1 billion dollars which Armenia received between 1993 and 1996 and which became public in 1997.
2. Moscow continues to wield considerable influence in the southern Caucasus, even though Armenia is regarded as its last reliable ally in the region. The Armenians have traditionally regarded Russia as an ally against the Turks, and Moscow has exploited the opportunities this offers to wield influence and project its power into the Caucasus. Because the Armenian-Russian relationship has strong historical roots, it is more or less independent of domestic developments in either country. In addition to the multi-lateral forum provided by the CIS, Moscow and Yerevan are also linked by a large number of military and other bilateral agreements that have a bearing on military policy. The centrepiece of bilateral ties is the Treaty on Friendship, Co-operation and Mutual Assistance of 29 August 1997,

which provides for close military co-operation and mutual assistance in the event of war. The Russian military presence in Armenia consists of the 102<sup>nd</sup> Military Base at Gyumri/Yerevan and contingents of border troops on the borders to Turkey and Iran. Armenia supported Moscow's military intervention in Chechnya in 1994-1996 and the current campaign, which began in September 1999, and is an advocate of Russian territorial integrity. Nevertheless, despite its close relations with Russia, Armenia currently has no official intention to join the "union state" planned by Russia and Belarus.

3. Armenia was a founding member of the Tashkent collective security agreement signed in May 1992 and – unlike Georgia and Azerbaijan – also signed an extension of the treaty in spring 1999. Yerevan has also supported all other Moscow initiatives to establish closer security ties with the CIS states. In line with this, Armenia joined the collective duty system for CIS air defence in April 1999.
4. Following the war of 1991-1994, Nagorno-Karabakh remains a central security concern for the "motherland." The Karabakh armed forces, which consist of 20,000-25,000 men, may be regarded as the most effective military force in the CIS. The Armenian and Karabakh armies are, of course, closely linked and hold joint manoeuvres, implying that Armenia would not remain passive in the event of a new outbreak of hostilities over Karabakh. Leading figures in both Karabakh and Armenia repeatedly emphasise that they see only two possible scenarios for the future of the enclave: either independence or union with Armenia. They thus rule out a return of Karabakh to the Azerbaijani state. In the Karabakh conflict Moscow sides with Armenia, and Baku attributes Yerevan's uncompromising position in peace negotiations primarily to the fact that Armenia knows it can count on Russia's continuing support.
5. Relations between Armenia and Turkey continue to be tense both for historical reasons (the Turkish genocide against the Armenians in 1915/16) and because Ankara currently supports Azerbaijan. The two countries have no diplomatic relations. Iran, in contrast, has far better and closer relations with Christian Armenia than with Islamic Azerbaijan. There is even frequently talk of a Moscow – Yerevan – Teheran axis based on broadly coinciding interests in the Caucasus and the Caspian Sea region.
6. Armenia tends to support Russia's rejection of NATO enlargement. Although it has entered into various NATO programmes, such as the "Partnership for Peace", unlike Azerbaijan and Georgia it has not sought any further political rapprochement with the alliance. NATO's "Allied Force" campaign against Yugoslavia in 1999 predominantly gave rise to sharp criticism in Armenia.